Nr. 9 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 27. August 1937
כ אלול תרצז

Das Jüdische Volk

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: 17 58 51; Bankkto.: Iwria-Bank, Berlin C 25, Dircksenstraße 26/27; Postscheckkonto: Berlin 125 106, beides unter „L. Stock". Geschäftszeit: Werktäglich außer Sonnabends 8½ bis 5 Uhr. Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Redaktion, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr.

Erscheint jeden Freitag als Organ der Staatszionistischen Organisation. **Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr.** **Postabonnementspreis:** Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. **Anzeigenpreis:** 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

Englische Kabinetts-Besprechungen über Palästina

London. (JTA.) „Daily Telegraph" meldet, daß Ministerpräsident Chamberlain nach London zurückgekehrt ist und bei seinen Besprechungen auch Palästinafragen erörtern werde. Er werde mit Außenminister Eden, mit dessen Stellvertreter Lord Halifax und Kolonienminister Ormsby-Gore Beratungen über Palästina abhalten.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Sensationelle Veröffentlichung des Jewish Chronicle

Aus London wird gemeldet:

Die Zeitung „Jewish Chronicle" veröffentlicht ein sensationelles Dokument, das vorgibt, ein Memorandum Doktor Weizmanns über seine Unterredung mit dem Kolonialminister Ormsby-Gore zu sein. Das Dokument gelangte durch Meir Großmann in die Hände des Blattes. Weizmann wurde telegraphisch gefragt und gab zu, ein Memorandum über diese Unterredung ausgearbeitet zu haben, das jedoch geheim war. Er fügte hinzu, er könne jetzt in Zürich nicht feststellen, ob die Veröffentlichung mit seinem Dokument identisch sei. Meir Großmann erklärt, er habe die Veröffentlichung vorgenommen, um zu beweisen, daß Weizmann den Zionismus bereits teilweise zur Annahme des Palästina-Berichtes verpflichtet habe, ehe der Kongreß noch getagt habe. Dem Memorandum zufolge habe Weizmann Ormsby-Gore über einzelne Abänderungen des Palästinas-Planes befragt, insbesondere bezüglich der Subvention des arabischen durch den jüdischen Staat, die Einbeziehung der jüdischen Neustadt von Jerusalem in die zu gründende jüdische Republik, über die Souveränität des jüdischen Staates, über Grenzfragen usw. Aus den Antworten Ormsby-Gores, die Weizmann in dem Dokument aufzeichnet, wäre zu schließen, daß der Kolonialminister den Forderungen nach einzelnen Abänderungen des Planes durchaus nicht ablehnend gegenübergestanden hätte. Es bleibt abzuwarten, ob Weizmann das Dokument in seiner veröffentlichten Form bestätigen werde.

Zwar war es jedem politischen Kopf längst klar, daß der ganze Kongreßkampf nur ein Schaugefecht war, und Weizmann auch ohne Ermächtigung längst in Einzelverhandlungen eingetreten war und damit jede grundsätzliche Ablehnung des Teilungsgedankens aus der Hand gegeben hatte. Trotzdem muß man dem Jewish Chronicle für diese einwandfreie Bestätigung dankbar sein.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir einige allgemeine Bemerkungen anschließen. Unsere Bewegung und ihre führenden Leute sind bisher nicht gerade ritterlich vom Jewish Chronicle behandelt worden. Auch wenn wir vieles davon ungenügenden und vielleicht sogar bewußt tendenziösen Informationen zugute halten, so hätten wir trotzdem eine gerechtere Würdigung erwarten dürfen. Das soll uns aber nicht abhalten, anzuerkennen, daß der „Jewish Chronicle" in der Teilungsfrage eine geradezu vorbildliche, mutige und entschlossene Haltung eingenommen hat. Angesichts des starken Druckes, den die Teilungsfreunde überall ausüben, zeigt die Haltung dieses Blattes einen leider sehr selten gewordenen Grad von Unabhängigkeit. Der Jewish Chronicle entwickelt sich immer mehr zu einer Art Mittelpunkt der Anti-Teilungs-Kampagne. Er ist daher eine besonders wertvolle Stütze für alle Verfechter des ungeteilten Erez Israel und das jüdische Volk wird diese Stellungnahme zu würdigen wissen.

Wechsel im Kolonienministerium?

London. (Eigenbericht.) Das „geheime Dokument" über die Unterhaltung Ormsby-Gore—Weizmann vom 17. Juli ist Gegenstand einer regen Debatte fast der gesamten englischen Presse. Während ein Teil schwere Beschuldigungen gegen den Minister wegen der Unterhaltung überhaupt oder seiner dabei eingenommenen Stellung ausstößt, ist ein anderer Teil der Presse geneigt, sein Vorgehen zu entschuldigen. Uebereinstimmend wird allerorts die Verwunderung darüber ausgedrückt, daß Ormsby-Gore und Weizmann zu einer Zeit, wo weder das englische Parlament noch der Zionistenkongreß ihre Stellungnahme zu dem Teilungsvorschlag geäußert hatten, über den Plan verhandelten, als sei er Tatsache. Das Verschulden Weizmanns ist das größere, weil er gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Zionistischen Actions-Comités gehandelt hat.

Die Aufnahme der Veröffentlichung des Dokuments gibt dem Gerücht Nahrung, daß ein Wechsel im englischen Kabinett geplant sei, in dessen Verlauf Anthony Eden Kolonienminister an Stelle von Ormsby-Gore werden dürfte. Auf jeden Fall ist das Prestige Ormsby-Gores an den Erfolg des Teilungsprojektes gebunden. Im Falle seines Scheiterns wird er das Schicksal Sir Samuel Hoares im Abessinien-Konflikt erleiden, d. h. er wird zur Demission gezwungen sein. Es wird auch bemerkt, daß nach der Veröffentlichung des Dokuments mehr als je das Schicksal Dr. Weizmanns vom Erfolge des Teilungsplanes abhängig sei.

London. Der konservative Abgeordnete des Unterhauses Alan Lennox-Boyd hat angekündigt, daß er sofort nach Zusammentritt des Parlaments vom Kolonienminister Aufklärung über das vielbesprochene „geheime Dokument" verlangen werde.

Aus verläßlicher Quelle wird berichtet, daß in den letzten Tagen eine starke Abkühlung in den Beziehungen des Kolonienministers zu Dr. Weizmann eingetreten sei, da Mr. Ormsby-Gore auf dem Standpunkt steht, daß das Dokument nur durch persönliche Nachlässigkeit Dr. Weizmanns, wie sie bei einem Staatsmann niemals vorkommen dürfe, den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden haben könne.

Merkwürdige Drohung

Der „Evening-Standard" bringt in großer Aufmachung eine Wiedergabe des von M. Großmann auf dem Züricher Kongreß veröffentlichten Dokumentes, das einen Bericht über ein zwischen Weizmann und Ormsby-Gore, dem britischen Kolonialminister, stattgefundenes Gespräch über den Teilungsplan enthält. Das Dokument ist mit „Ch. W." gezeichnet und vom 19. Juni 1937 datiert.

In einer Einleitung, die mehr als eine ganze Spalte lang ist, berichtet die Redaktion der Zeitung von einem Telephongespräch an Weizmann nach Zürich, in dem sie ihn aufgefordert habe, sich zu dem ihm zugeschriebenen veröffentlichten Dokument zu äußern. Weizmann habe folgendes geantwortet:

> „Ich weiß, daß ein Dokument veröffentlicht worden ist, von welchem behauptet wird, daß es eine Aufzeichnung von mir über eine Unterhaltung sei, welche ich mit Herrn Ormsby-Gore geführt habe. Da ich diese Veröffentlichung nicht selbst gesehen habe, kann ich nicht sagen, ob sie den Tatsachen entspricht.
>
> Ich habe tatsächlich eine vertrauliche Aufzeichnung über eine Unterhaltung mit Herrn Ormsby-Gore niedergelegt. Wenn dieses Dokument tatsächlich jene Aufzeichnung sein sollte, so weiß ich doch nicht, wie Herr Großmann in dessen Besitz gekommen ist. Er hatte keinesfalls den Auftrag, es zu veröffentlichen.
>
> In diesem Dokument kommt nichts vor, was der Oeffentlichkeit vorenthalten werden müßte. Es ist jedoch ein Bericht über eine private Aussprache, die zwischen dem Staatssekretär und mir stattgefunden hat, und niemand hat irgendein Recht zu Indiskretionen.
>
> Ich schlage vor, daß Sie mir eine Kopie des Dokumentes geben und feststellen, wie Herr Großmann diesen Bericht erhalten hat. Ich werde dann die geeigneten Maßnahmen ergreifen."

Die Zeitung berichtet weiter, daß Herr Ormsby-Gore sich geweigert habe, zu diesem Dokument Stellung zu nehmen, während Herr Großmann dem Züricher Korrespondenten des „Evening Standard" mitteilte, daß er die Dokumente, welche er auf dem Zionistenkongreß in Zürich publiziert hat, aus einer Quelle bekommen habe, die er nicht nennen könne, und daß er diese Dokumente in Zürich in einer Zeitung, die für Kongreßmitglieder herausgegeben wurde, bekanntgegeben habe.

> **„Ich habe diese Veröffentlichung deswegen gemacht", sagte er, „um dem Zionistenkongreß zu zeigen, daß, während der Kongreß über den Teilungsplan diskutierte, der Präsident der Zionistischen Organisation diese Bewegung bereits teilweise auf den Plan festgelegt habe."**

Daß das Dokument echt ist, scheint außer Frage zu stehen. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die Beteiligten aus der Affäre ziehen. Falls ihnen das nicht gelingt, kann die Veröffentlichung des Dokuments von folgenschwerer Bedeutung sein.

Worte, die haften ...

Ussischkin: Eure Rolle in diesem Staat wird noch schlimmer sein als die Rolle Abdullas, die doch ein Purimspiel ist. Herr des jüdischen Landes wird der Oberkommandierende sein, der irgendwo in Jerusalem oder Kairo sitzen wird.

Rob. Stricker: Im Jahre 1931 war Weizmann gegen eine jüdische Mehrheit, jetzt ist er dafür und was er morgen wollen wird, weiß niemand. Weizmann ist auch gegen Tel Aviv aufgetreten. Er wollte keine „Nalewki-Juden" in Palästina. Alles hat er auf Bauern und Arbeitern aufgebaut und heute braucht er sie schon nicht mehr.

Dr. Landau auf der Aguda-Tagung: Das Judenproblem muß jetzt vor dem Weltforum in voller Breite aufgerollt werden. Die Völker der Welt müssen aufgefordert werden, durch einen umfassenden, groß angelegten Plan die Liquidierung dieses Problems in Angriff zu nehmen.

Cyril Asquith: Die Araber würden mehr als 100 Prozent und die Juden weniger als 10 Prozent dessen erhalten, was ihnen versprochen wurde, wenn die Vorschläge der Kgl. Kommission im vollen Umfange verwirklicht werden.

H. A. Godmann, politischer Sekretär der Aguda: Wir müssen dem Monopol der Zionisten ein Ende setzen und werden mit jedem ein Abkommen schließen, der das gleiche Ziel verfolgt.

Auswanderung — und was sonst?

Als wir vor 4½ Jahren begannen, von der notwendigen Auswanderung der Juden aus Deutschland zu sprechen, antwortete uns ein seltsames Echo. Daß man unsere Thesen bestritt, mochte noch hingehen; fast alle jüdischen Politiker unserer Generation haben Notwendigkeiten immer erst dann erkannt, wenn kostbarste Zeit ungenützt verstrichen war. Unverständlich jedoch war der geradezu fanatische Haß, mit dem ein großer Teil der Juden diejenigen verfolgte, die ja nicht diese Notwendigkeiten geschaffen hatten, sondern die lediglich sich bemühten, aus einer deutlich erkennbaren Entwicklung die vernünftigen Folgerungen abzuleiten. Trotzdem damals eine wilde, planlose und Werte zerstörende Massenflucht einsetzte, hatte sich an dieser Einstellung nicht allzuviel geändert. Als wir vor etwa drei Jahren deutlicher wurden und von der Liquidation des deutschen Judentums zu sprechen begannen, war die jüdische Reaktion noch nicht viel schwächer geworden. Auch die führenden jüdischen Kreise jammerten teils über „das schreckliche Wort Liquidation", teils entrüsteten sie sich über die Hemmungslosigkeit dieser Gedankengänge. Untersuchen wir doch einmal, was es mit dieser Hemmungslosigkeit auf sich hatte.

Damals waren wir von einer Auswanderungsziffer von 20 000 Seelen und einem Sterbe-Ueberschuß von 6000 Seelen pro Jahr ausgegangen. Darauf gründete sich dann unsere Voraussage, daß die deutsche Judenheit in zehn Jahren wenig mehr als 200 000 Seelen zählen würde. Nun sind drei Jahre ins Land gegangen. Der Sterbe-Ueberschuß, der die Juden in Deutschland bei weiterem Anhalten der Grenzsperre ohnehin, wenn auch erst in längerem Zeitraum zum Verschwinden bringen würde, wird heute überall als zutreffend anerkannt. Die auf 20 000 geschätzte jährliche Auswanderung, die mit soviel selbstgefälliger

Besserwisserei als „maßlos übertrieben" bekämpft wurde, ist durch die Praxis des Lebens als zu niedrig erwiesen worden. Das Jahr 1936 hat sogar 24 000 Auswanderer aufzuweisen, wobei nur diejenigen gezählt wurden, die bei ihrer Auswanderung die Hilfe öffentlicher jüdischer Stellen in Anspruch genommen haben, so daß die wirkliche Zahl wohl bei 26 000 oder 27 000 liegen dürfte. Und jeder einzelne von uns spürt täglich aufs neue, wie es immer leerer um uns herum im jüdischen Bezirk wird. Die maßgeblichen Stellen der Judenheit nehmen heute die Zahl der Juden in Deutschland mit 350 000 an, wobei selbstverständlich diejenigen Volljuden, die der jüdischen Gemeinschaft nicht angehören, nicht berücksichtigt sind.

Wir sehen also, daß trotz mangelnder Erkenntnisse der jüdischen Führung die Tendenzen zur Auswanderung sich restlos und in einem überraschenden Ausmaß durchgesetzt haben. Es bedeutet daher ein Zimmern offener Türen, wenn heute, nachdem die Frage — soweit sie eine war — längst entschieden ist, in gewissen jüdischen Zeitungen von den Auswanderungs-Notwendigkeiten in einem Umfange gesprochen wird, der stutzig machen muß. Kreise, die noch vor nicht allzu langer Zeit die Theorie vom Bleiben, vom Festhalten an Positionen, von der Verwurzelung mit geradezu grotesker Blindheit für die Wirklichkeit verfochten hatten, gebärden sich plötzlich als begeisterte „Wegweiser in alle Welt" und entpuppen sich als Spezialisten für „konstruktive Auswanderung" und ähnliche mehr oder weniger schöne Schlagworte. Warum dieser Eifer? Braucht man ein Alibi? Oder ist es wirklich nötig, den Juden in Deutschland heute noch klar zu machen, was wir ihnen seit Jahren unter dem stürmischen Widerspruch der jüngsten Auswanderungs-Enthusiasten klar zu machen versuchten, daß sie sich nicht nur mit dem Verlust ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Positionen abzufinden haben, sondern daß auch ihre wirtschaftliche Position in einem dauernden starken Abstieg sich befindet, auch wenn mancherlei Kriterien das noch nicht zu bestätigen scheinen. Nein, man braucht sich nicht zu bemühen. Die nahen Dinge des täglichen Lebens sprechen eine deutliche Sprache. So deutlich, daß sie heute wirklich nur von einem so kleinen Kreise überhört wird, der wahrscheinlich ewig unbelehrbar bleiben wird, wenigstens so lange, bis nicht der Gewinn-Saldo in seiner privaten Einkommensbilanz auch ihm den Schleier von seinen ein wenig zu egozentrisch veranlagten Augen nimmt.

Heute gilt nicht mehr „Auswandern" als Problem. Das ist längst unaktuell geworden. Heute fragt man nur noch nach dem „Wie" und dem „Wohin". In solcher Situation ist es wohl angebracht, von Zeit zu Zeit eine Art Zwischenbilanz zu machen und sich über die Situation aufs neue klar zu werden. Von dem ursprünglichen Zeitraum, der

unseren früheren Liquidationsprognosen zugrunde lag, liegen noch sieben Jahre vor uns. Der zu erwartende Sterbe-Ueberschuß dieses Zeitraumes ist auf rund 40 000 zu schätzen. Bleibt also, wenn unsere Schätzung von 200 000 Juden im Jahre 1944 sich erfüllen soll, eine Auswanderung von 110 000 Juden, d. h. im Jahresdurchschnitt von 15 bis 16 000 notwendig. Wer zweifelt daran, daß die sich dauernd verschlechternde jüdische Wirtschafts-Situation, und die seelische Situation eine solche Abwanderung auslösen werden! Und wer kann wagen, demgegenüber in Zweifel zu ziehen, daß unsere Voraussagen heute schon durch die bisherige Entwicklung bestätigt worden sind! Könnte man aber — so dürfte vielleicht gefragt werden — unter diesen Umständen nicht auf eine Verstärkung der Auswandererziffern und damit auf eine noch stärkere Reduktion der Zahl der Juden in Deutschland hinarbeiten? Diese Frage glauben wir verneinen zu sollen. Gewiß kann man in dem einen oder anderen Jahr vielleicht auf eine höhere Auswanderungsziffer kommen. Im Durchschnitt dagegen wird sich eine Steigerung kaum erreichen lassen, und zwar einfach deswegen, nicht weil es an Auswanderungs-Willigen mangelt, sondern weil es an dem für die Auswanderung geeigneten Menschenmaterial fehlen wird. Wir kennen ja die Altersschichten der Juden und wissen, daß heute schon mehr als die Hälfte von ihnen sich in einem Alter befindet, für das Auswanderung nur in Ausnahmefällen eine sinnvolle Handlung bedeutet. Gewiß wird wirtschaftliche und seelische Not in manchen Fällen dazu führen, sich über solche Bedenken hinwegzusetzen, vielleicht sogar manchmal mit einem unerwarteten Erfolg. Das aber wird die Zahlen nicht wesentlich beeinträchtigen können.

Solche Betrachtungen werden in jüdischen Kreisen heute noch immer nicht gern gesehen. Unsere Menschen ziehen noch immer jene Vogel-Strauß-Politik vor, die den Kopf in den Sand steckt, statt der Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Und trotzdem können wir es ihnen nicht ersparen. Zu wichtig sind viele Dinge, die hiervon bedingt werden. Nicht nur für die Lebensgestaltung des einzelnen, sondern mehr noch für Gestaltung des Lebens unserer Gemeinschaft und aller ihrer Institutionen liegen in dieser Erkenntnis Lehren und Warnungen begründet, die ohne schwersten Schaden nicht in den Wind geschlagen werden dürfen. Am Ende dieser von uns behandelten Zehn- (bzw. jetzt noch Sieben-) Jahres-Periode steht eine Judenheit in Deutschland von 200 000 Seelen, aber es wäre höchst oberflächlich, nur an diese relative Veränderung zu denken. Die Unterschiede werden nicht nur und nicht einmal in wesentlichen im Zahlenmäßigen liegen. Diese 200 000 Juden werden im wesentlichen eine völlig anormal überalterte Gemeinschaft bilden. Sie werden fast keine Jugend und nur ganz schwach besetzte Jahrgänge in den Altersschichten besitzen, die für den Erwerb noch in Frage kommen. Gewiß werden manche von ihnen von dem Ertrag ihres Vermögens ihre Existenz aufrechterhalten. Die große Masse dieser Rest-Judenheit dagegen wird nicht mehr in der Lage sein, durch Erwerb ihren Unterhalt zu sichern. Für die verantwortlichen jüdischen Instanzen im In- und Auslande erwächst die Pflicht, dieser Entwicklung ins Auge zu sehen. Mit dem Schlagwort von der „konstruktiven Auswanderung" ist da ebensowenig getan, wie mit dem Rivalisieren der verschiedenen jüdischen Auswanderungs-Organisationen.

Und vielleicht wird — wenn man sich hierüber einmal Rechenschaft gibt, ungeschmückt und unerbittlich — dann irgendeinmal die Frage auftauchen, ob es so hat kommen müssen. Ob es nicht doch wohl Mittel und Wege gegeben hätte, um eine Entwicklung zu verhindern oder wenigstens zu erschweren, bei der in erster Linie die wirtschaftlich Stärkeren ins Ausland gehen und dadurch den Prozentsatz der Stützungsbedürftigen immer verhängnisvoller in die Höhe schrauben. Solche Mittel hätte es in der Tat gegeben. Man hat sie nicht angewendet. Noch nicht jedenfalls. Und übermorgen wird es zu spät sein.

G. K.



Betarische Jugendalija

Zwischen Miß Szold und den Vertretern der Neziwut Betar Deutschland fand am vergangenen Freitag eine Besprechung über die erste betarische Jugendalija aus Deutschland statt. Danach wird Rosch Pina das erste Zentrum der betarischen Jugendalija werden, unter der Voraussetzung, daß die englischen Behörden hierfür ihre Zustimmung geben. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß Schule und Internat Rosch Pina die erforderliche Genehmigung erhalten werden.

Pierre Orts wird Mandats-Kommission in der Völkerbunds-Versammlung vertreten

Genf. (JTA.) Nach Beendigung ihrer außerordentlichen Palästinatagung hat die Ständige Mandatskommission ihren Vorsitzenden Pierre Orts zu ihrem Vertreter bei den nächsten Tagungen des Völkerbundsrates und der Völkerbundsversammlung bestimmt. Zu ihrer nächsten ordentlichen Tagung tritt die Mandatskommission am 4. November zusammen.

Einheitsfront Misrachi-Aguda?

Marienbad. (JTA.) Der Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur erfährt, daß der Misrachi einen aus Zürich datierten Brief an die gegenwärtig in Marienbad tagende Kenessio Gedaulo gerichtet hat, in dem die Bereitschaft erklärt wird, Verhandlungen mit dem Ziele einer Einheitsfront mit der Aguda zu beginnen.

Vereinigte Staaten

Tödlicher Autounfall des Präsidenten Sanders

New York. Der ehemalige Präsident der jüdischen Einwanderer-Gesellschaft HIAS, Lean Sanders, ist im Alter von 67 Jahren in San Bernadino (Kalifornien) bei einem Autounfall tödlich verunglückt. Seine Gattin wurde verletzt.

Die Tagung in Marienbad

(Eigenbericht.) Marienbad sah schon immer unter seinen Besuchern zahlreiche orthodoxe Juden aus der Slowakei, Polen und anderen Ländern Osteuropas. In diesen Tagen aber wuchs der Bach zum Strom. Die Dritte Kenessio Gedaulo findet hier statt. Einige Bänder mit Begrüßungsworten in der Hauptstraße und auf dem als Kongreßgebäude dienenden Kurhause eine — immerhin — blau-weiße Fahne, das ist der ganze äußere Schmuck der Tagung.

Am Dienstagabend im übervollen Saal die Eröffnungssitzung. Leider nicht durchweg mit der Ordnung durchgeführt, die für solche Veranstaltungen nun einmal wünschenswert ist. Insbesondere der besondere Raum für die Frauen, durch ein Efeugitter von dem Kongreßsaal getrennt, erwies sich als ein ständiger Unruheherd. Aber auch die Reden — die Begrüßungsansprachen allein zogen sich bis 11¾ Uhr hin — konnten nicht durchweg das Auditorium in Stimmung versetzen. Nur die Rede des Preßburger Oberrabbiner Schreiber, der starke Worte gegen jede Teilung Palästinas fand, löste eine nachhaltige Wirkung aus. Sicherlich war es keine besonders dankbare Aufgabe, daß Dr. Isaac Breuer erst nach Mitternacht mit seinem nahezu zweistündigen Vortrag beginnen konnte. Dieser gipfelte in dem starken Ruf nach Politik und wandte sich scharf gegen den Judenstaat ohne Zion und den Zionismus ohne Inhalt.

Deutlicher wurde den politischen Problemen in der Mittwoch-Vormittag-Sitzung auf den Leib gerückt. Sie brachten das große politische Referat des Aguda-Führers Dr. Jacob Rosenheim. Zwei Thesen bildeten den Kern seiner Ausführungen. „Palästinas Grenzen sind von Gott bestimmt und kein Jude hat das Recht, ihrer Aenderung zuzustimmen." Ein langanhaltender Beifallssturm folgte dieser Kriegserklärung an die Anhänger der Palästina-Teilung. Und dieser demonstrative Beifall erneuerte sich, als Rosenheim mit der gleichen Entschiedenheit verkündete: „Die zionistische Organisation vertritt nicht das ganze jüdische Volk". Auf diese beiden Bekenntnisse waren auch seine Ausführungen zur Frage der politischen Taktik abgestimmt. Er wandte sich gegen diejenigen Kreise in den eigenen Reihen, die sich gegen jedes Zusamenarbeiten mit anderen jüdischen Organisationen aussprachen. Das könne sich die Aguda nicht leisten. Er habe mit Führern der verschiedensten Richtungen verhandelt und werde, solange er an dieser Stelle stehe, diese Haltung beibehalten. Die Aguda werde mit jeder Organisation kooperieren, die gleich ihr bereit sei, der Zerstückelung Palästinas entschlossen Widerstand zu leisten. Der spontane Beifall, den diese auch rhetorisch äußerst wirksame Rede fand, berechtigt zu der Hoffnung, daß die Beschlüsse des Kongresses sich in dieser Richtung bewegen werden und damit die Front der Teilungsgegner eine wesentliche und wohl auch zu einheitlicher Aktion befähigende Verstärkung erhält.

Die Neue Zionistische Organisation war durch ihren außenpolitischen Leiter, Professor Dr. Akzin aus London und den Führer der tschechoslowakischen Landesorganisation Dr. Rabinowicz aus Prag vertreten. Jabotinsky hatte dem Kongreß ein längeres Begrüßungsschreiben gesandt.

—e—

Für Kooperation mit der NZO.

Politische Resolution einstimmig angenommen

(Eigenbericht.) Auch die Aguda-Tagung hatte eine Reihe von stürmischen Momenten. Von seiten der Aguda-Jugend und der palästinensischen Arbeiterschaft gab es bemerkenswerte oppositionelle Reden. Die Hauptdiskussion galt aber auch hier der Ablehnung oder Annahme des Peelschen Judenstaates und im Anschluß daran der Frage, ob in dieser Sache mit den Revisionisten kooperiert werden dürfe. Merkwürdigerweise waren es einige Agudaführer aus Polen, die, offenbar unter dem Druck der polnisch-jüdischen Presse, bereit waren, sich mit einem zerstückelten Miniatur-Palästina zu begnügen. Bei der Abstimmung waren aber alle Gegensätze verschwunden. **Nachdem der große rabbinische Rat aus halachischen Gründen jede Aenderung der historischen Grenzen Palästinas als unzulässig erklärt hatte, wurde die Ablehnung des Peel-Berichts einstimmig beschlossen.** Ferner wurde das Präsidium ermächtigt, mit allen Kreisen, die gleich der Aguda gegen die Teilung sind, zusammenzuarbeiten, um diesen Standpunkt in Genf und in London durchzusetzen. Das bedeutet die Kooperation mit den Revisionisten und die von Jabotinsky und Rosenheim eingeleitete Politik, eine Einheitsfront aller Teilungsgegner zu schaffen, hat damit einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen. Dieser Kampf muß auch in seinem Verlauf zu einer durchgreifenden Aenderung der Jewish Agency oder aber zu ihrer Entthronung als „die" Vertretung des jüdischen Volkes führen. Gegen NZO. und Aguda repräsentiert sie nur eine Minderheit der organisierten Judenheit, und diese Klarstellung wird nicht ohne gewichtige Folgen bleiben.

Die Delegation der NZO. hatte in sicherer Erwartung dieser Ergebnisse Marienbad schon vor einigen Tagen verlassen und nur einige Beobachter zurückgelassen. Auch die Staatszionistische Organisation Deutschlands war durch einen Beobachter vertreten.

Unter den Teilnehmern und Gästen der Tagung bemerkte man eine Reihe von Rabbinern aus Deutschland, u. a. Dr. Gradenwitz aus Hanau, Dr. Jacobowitz aus Berlin und Dr. Carlebach aus Hamburg.

Ueberseewanderung und Siedlung

In der Plenarsitzung hielt Dr. Landau (Berlin) ein Referat über die Notwendigkeiten einer Ueberseewanderung und einer Siedlung jüdischer Menschen. Er gab einen Ueberblick über die sich stetig vergrößernde Not der jüdischen Massen und der Krise der jüdischen Wirtschaftsstruktur, die heute eine immanente Krise ist. Die Erfolge der jüdischen Sozialarbeit sind, gemessen an der Größe der Not, äußerst unbefriedigend. Das liegt vor allem daran, daß die jüdische Sozialpraxis der Gegenwart das Bild einer vollkommenen Anarchie bietet. Unzählige große und kleine Organisationen arbeiten chaotisch und planlos nebeneinander; einzelne Gebiete der Sozialpolitik sind übersetzt, während andere leer ausgehen. Reiche Mittel und Energien werden in sinnloser Weise vergeudet. Der Lebensmut der jüdischen Massen ist bisher durch die Hoffnung auf Erez Israel aufrecht erhalten worden.

Forderung nach jüdischer Wirtschaftskooperation

Ein allgemeiner jüdischer Wirtschaftskongreß kann diesem Zweck nicht entsprechen. Ein Kongreß mit parlamentarisch-demokratischem Charakter und heterogenem und dilettantischen Delegiertenbestand wird nur auf eine leere Demonstration hinauslaufen. In dieser Zeit müssen alle lokalpatriotischen Bedenken, alle autarkischen Tendenzen unserer zersplitterten Sozialpolitik und alle Schlagbäume restlos verschwinden. Die tatsächlich bestimmenden Faktoren der jüdischen Sozialpolitik und Sozialpraxis müßten ohne viel äußere Umstände miteinander Fühlung nehmen. Eine Konsolidierung des jüdischen Wirtschaftslebens müsse erstrebt werden, und zwar im Sinne einer grundlegenden Aenderung der jüdischen Wirtschaftsstruktur in Richtung einer Berufsumschichtung und Produktivierung der jüdischen Massen und ihrer allmählichen Loslösung von der Markt- und Geldwirtschaft und stärkeren Verbindung mit der Urwirtschaft.

Vor allem aber sei es erforderlich, eine großzügige landwirtschaftliche Siedlungsaktion zu betreiben, wobei nicht notwendig an eine einseitige Agrarisierung gedacht wird, sondern eher an neue gemischt-wirtschaftliche Verbindungsformen von Landwirtschaft mit Handwerk und Gewerbe.

Für kompakte jüdische Massensiedlung in Uebersee

Die eigentliche große jüdische Aufgabe der jüdischen Wirtschaftskooperation sei die Errichtung kompakter jüdischer Massensiedlungen auf geeigneten Territorien in Uebersee. Dieses Ziel sei keineswegs so utopisch wie man glauben mag. Wenn die Fehler früherer Kolonisationsversuche vermieden werden, wenn die bisherigen unzulänglichen Siedlungsmethoden durch modernere und zweckmäßigere ersetzt werden, wenn das Prinzip der philanthropischen, planlosen privatwirtschaftlichen Individualsiedlung mit einer nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten, genossenschaftlich aufgezogenen, agro-industriellen Massenkolonisation auf der Grundlage wirtschaftlicher Rentabilität und Selbstversorgung vertauscht wird, sei das Gelingen eines solchen Planes in hohem Maße wahrscheinlich. Es gibt genug fruchtbare und klimatisch günstige Territorien in der Welt. In den überseeischen Ländern harren riesige menschenleere Gebiete mit reichen Naturschätzen ihrer Erschließung. Er besprach einige Siedlungsprojekte, die alle noch gründlich geprüft werden müßten und verwies insbesondere auf leere Räume innerhalb des britischen Imperiums, der anerkannten Notwendigkeit einer Einwanderung in die Dominien und meinte, daß das Kolonisationswerk aus den mannigfaltigsten Gründen gerade auf Gebiete innerhalb des Empire konzentriert werden müßte. Er wies den Einwand zurück, daß die Juden für die Besiedlung von Ländern außerhalb Erez Israels nicht die heroische Lebenskraft und nicht die unerschütterliche Zähigkeit aufbringen würden, die sie im Heimatland haben. Ueberhaupt sei die Argumentation, daß durch ein großzügiges Hilfswerk in der Diaspora der Aufbau Erez Israels vernachlässigt und „geschädigt" würde, durchaus unzutreffend und kurzsichtig. Palästina werde durch eine Sanierung des Golus nicht nur nicht geschädigt; es könne dadurch nur gewinnen. Auch sei eine weitere Zerstreuung der schon jetzt genügend zersplitterten Diaspora nicht zu befürchten. Es handle sich lediglich um eine Umgruppierung der Diaspora, die notwendigerweise mit einer stärkeren Konzentrierung verbunden sein wird.

Frankreich gegen England

London: Die einzige Hilfe, die die englische Regierung bisher für ihre Palästina-Pläne erhalten hat, kam aus Zürich. Sonst kommen von allen Seiten nur Angriffe, sogar von Seiten, deren man in London sicher zu sein glaubte. Die französische Regierung hat an London ein langes und sorgfältig ausgeführtes Memorandum über die Palästinafrage gerichtet. Man gesteht England unumwunden das Recht zu, auf Grund seiner Erfahrungen, die es in einer Reihe von Jahren gesammelt haben muß, über die Politik zu entscheiden, welche für Palästina im Interesse der Aufrechterhaltung des inneren Friedens und auch im Interesse des britischen Imperiums die beste ist.

Aber die französische Regierung drückte ihr Erstaunen darüber aus, daß ein so neuer Abschnitt in der Politik beschlossen worden ist, ohne sich in irgendeiner Weise mit Paris deswegen zu beraten.

Frankreich ist die Mandatarmacht in Syrien, und es ist wohl bekannt, wie eng die Interessen Syriens und Palästinas in der Vergangenheit miteinander verknüpft waren und es in einem erheblichen Maße auch noch heute sind.

Notwendigkeit der Zusammenarbeit

Die Franzosen beklagen sich darüber, daß die brittische Kolonialpolitik niemals äußere Kennzeichen dafür getragen habe, daß man sich der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Mandatarmächten im Nahen Osten bewußt war.

Die französische Regierung besteht darauf, das Recht Großbritanniens über das Palästinaproblem so, wie es ihm am geeignetsten erscheint, zu entscheiden, anzuerkennen. Aber sie weist daraufhin, daß man Frankreich in der endgültigen Entscheidung des Völkerbundes über den Palästina-Teilungsplan ebenfalls anrufen wird und es wird ausgeführt, wie müßig so etwas ist, wenn nicht eine freundschaftliche Befragung über das Palästinaproblem vorausgegangen ist. Die französische Regierung weist auf die Bedeutung einer vereinbarten Politik, hinsichtlich des Problems der arabischen Staaten hin und bleibt bei ihrer Meinung, daß die Erklärung der britischen Regierung über ihre Politik, die den Bericht der Kgl. Kommission über Palästina begleitete, Gesichtspunkte enthält, die in dieser Frage klargestellt werden müssen, bevor sich Frankreich zu den aufgeworfenen Fragen äußern kann.

Von besonderer Bedeutung ist die versteckte Drohung, die diese Note im Hinblick auf die Ratstagung des Völkerbundes enthält.

Verantwortlicher Redakteur: Zoltán Illés, Berlin W 50. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Paul Rehfisch, Berlin-Wilmersdorf. Auflage 6000. — Verlag: „Das Jüdische Volk", Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. — Druck, Abonnements- und Anzeigenverwaltung: M. Leßmann, Berlin. — Anzeigen-Preisliste Nr. 1 ist gültig.
Vorliegende Nummer ist abgeschlossen am Donnerstag, 26. August 1937.

Unsere Meinung

Der realpolitische Herr Cohn

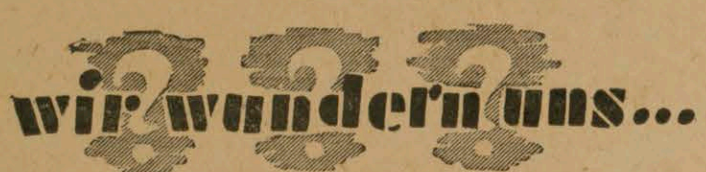
Verzeihung, wir haben nicht die Absicht, in die Gebiete der hohen Politik einzudringen, etwa um die ungeheuren Erfolge der Realpolitiker à la Weizmann zu beleuchten oder um uns mit den realpolitischen Hin- und Hererwägungen der Jüdischen Rundschau zu beschäftigen. Wir sind — wenigstens in diesem Artikel — nicht so verwegen, um uns (aus realpolitischen Gründen versteht sich) über die äußerst beachtlichen Ergebnisse einer realpolitischen Führung des Zionismus zu äußern.

Wir begnügen uns mit Herrn Cohn, dem bekannten Unbekannten, dem Symbol, besser dem Prototyp der Mehrzahl unserer Glaubensgenossen, die erfüllt von der Ueberzeugung, am politischen Geschehen unserer Tage teilnehmen zu müssen, besonders stolz auf eine Einstellung zur Politik sind: sie sind samt und sonders „Realpolitiker". Jawohl, Herr Cohn ist nicht nur ein Politiker schlechthin, er ist ein Realpolitiker, was heißen will, daß er mit der Wirklichkeit zu rechnen versteht, daß er weiß, daß eine Mark hundert Pfennige hat, und daß Tatsachen, eiserne, unerbittliche Tatsachen in der Politik zu entscheiden pflegen. So einer also ist Herr Cohn, jeder Zoll ein Realpolitiker, ein Mann, der weiß, was er will, ein Mann der Wirklichkeit und der Tatsachen, voll Verachtung für die, die seine Wirklichkeit als die Wirklichkeit eines Spießers und Feiglings demaskieren, und voll Haß für die, die seine vermeintlich unumstößlichen Tatsachen als Ergebnisse des Zufalls oder einer schlechten Regie enthüllen. Denn Herr Cohn haßt alle Ueberraschungen, die seine realpolitischen Kalkulationen auseinanderbringen, und er ist ein Feind aller Phantasie, da sie seine höchst realpolitischen Erwägungen zu sprengen droht.

Das aber ist Herr Cohn: Ein Mensch ohne Phantasie, ohne Glauben und ohne echte innerste Ueberzeugung. Aus der Gefühlsleere seines Seins konstruiert er seine Politik vom Intellekt her und ohne innere Beziehung zu seinem Volk; ohne schöpferische Phantasie glaubt er in Realpolitik machen zu können und jene als Illusionisten und Phantasten verspotten zu dürfen, deren Begeisterung und Hingabebereitschaft ihm fremd und fern erscheinen.

In den Gassen der Galut entstand der Realpolitiker Cohn, der die Mauern seines Ghettos als die Grenzen der Welt, und diese Welt als die Welt der Wirklichkeit ansah, der die weiten Horizonte nicht mehr kannte, die seine Urväter einst in der Wüste und auf ihrer Weltenwanderung kennengelernt hatten. In ihm erlosch die Phantasie, die verschwistert ist der Freiheit, den weiten Horizonten, dem blauen Himmel und dem nächtlich gestirnten Firmament. Seine Phantasie erstarb, um einer sogenannten realpolitischen Betrachtungsweise Platz zu machen für jene Tatsachen, die nicht inneren Notwendigkeiten entspringen, sondern oft nur die Ergebnisse eines unerkannten oder unbewußten äußeren Zwanges waren. Gleich jenem Manne vom Mond, der, zur Erde gekommen, ein Symphoniekonzert nur als eine Kakophonie von Tönen empfinden kann, ohne auch nur im entferntesten das musikalische Erlebnis zu verstehen, das uns irdische Menschen bei diesem Konzert ergreift, und der sich dennoch (von seinem Standpunkt aus nicht mit Unrecht) auf die „Tatsachen" der bloßen Geräuscheerzeugung auf Häuten, Därmen und Blechen beruft, gleich jenem Manne vom Mond also reitet Herr Cohn auf seinen realpolitischen Tatsachen herum. Ihm fehlt der Sinn, das Geschehen um uns nicht nur aus dem Intellekt, sondern aus dem Glauben heraus zu deuten. Aber wessen körperliche und seelische Organismen nicht für die innere Aufnahme eines Konzerts geschaffen sind, dem können wir — bislang wenigstens — nicht helfen. Wir bedauern einen solchen Menschen, doch werden wir es uns sehr verbitten, wenn er uns mit der Kritik eines Konzerts oder aus Imitationstrieb gar mit eigenmusikalischen Werken beglücken will.

Mit wieviel größerem Recht kann sich das jüdische Volk die Realpolitik der Cohn & Cie. verbitten, die sich in ihrer Instinkt- und Glaubenslosigkeit als berufene Politiker aufspielen und jene mit Schmutz bewerfen, die in Sicht weiter Horizonte, im gläubigen Vertrauen auf die Kraft eines gesundenden Volkes über die Grenzen realpolitischer Erwägungen hinaus Entschlüsse zu fassen wagen. Gegenüber allen Realpolitikern glauben wir, daß das Geschick eines Volkes nicht von realpolitischen Kalkulationen bestimmt wird, sondern von der Glut, von der Leidenschaft und der Hingabe, mit der es sein Schicksal zu meistern gewillt ist. *Ln.*



Sie lernen's nicht . . .

Nein, sie lernen's nicht, daß Juden zu Juden gehören, und daß es der jüdischen Würde entspricht, diese Erkenntnis in die Praxis umzusetzen. Auch in die Arbeitspraxis! Wie wäre es sonst möglich, daß immer wieder von jüdischen Arbeitsuchenden auf einem technischen Gebiet, auf dem wirklich kein Ueberfluß an Juden herrscht, von jüdischen Setzern und Druckern nämlich, bittere, ja erbitterte Klage darüber geführt wird, daß sie monate- und jahrelang arbeitslos sein müssen. Die verhältnismäßig wenigen Arbeitsstellen, die zur dauernden Unterbringung dieser Männer benötigt würden, wären ohne Schädigung ihrer nichtjüdischen Kollegen zu beschaffen. Denn es erscheinen eine ganze Anzahl Blätter der jüdischen Presse, denen es entspräche, darauf zu sehen, daß jüdische — oder doch zumindest in angemessenem Umfange auch jüdische — Arbeiter bei ihrer Druckherstellung ihr Brot finden. Aber —

Sie lernen's nicht, daß es sich mit der jüdischen Würde nicht vereinbaren läßt, wenn Presseerzeugnisse, die ausschließlich jüdischen Stoff, jüdische Fragen aus dem jüdischen Lebensumkreis behandeln, jüdische Meinung bekunden und jüdische Diskussionen führen, wenn diese Blätter, darunter das „Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin" im trauten Verein mit der „C.-V.-Zeitung", in Großbetrieben, die unter ihren Hunderten von Arbeitern keinen oder kaum einen Juden beschäftigen, hergestellt werden. Selbst die Zionistische Vereinigung für Deutschland lernt es nicht, läßt sie doch ihr Parteiblatt, die „Jüdische Rundschau", in einem rein arischen Betrieb, wenn auch nicht setzen, so doch drucken. Nicht etwa, daß wir den gegenwärtigen Druckern dieser jüdischen Blätter ihre Aufträge mißgönnten — diese Seite der Angelegenheit hat uns nicht zu interessieren und interessiert uns auch gar nicht. Wir wundern uns bloß darüber, warum man sich von jüdischer Seite den anderen aufdrängt, die nach ihrer ganzen Einstellung doch auf die reinliche Scheidung zwischen jüdischen und reinarischen Interessen bedacht sein müssen. Wäre es eine zwingende Notwendigkeit, gäbe es weder jüdische Zeitungsdruckerei noch jüdische Setzer und Drucker, so wäre die Haltung der Verleger dieser Blätter bei der Vergebung des Druckes allenfalls begreiflich. So aber sieht es danach aus, als ob sie ihre reine und unreine jüdische Wäsche lieber in einem arischen Betriebe für die Oeffentlichkeit waschen und fertigmachen ließen als von Juden. Vom sozialen Moment ganz abgesehen — obwohl das wirklich sehr stark mitsprechen sollte —: wir wundern uns, was für merkwürdige Begriffe von jüdischer Würde es noch immer gibt.

Und nicht nur wir wundern uns, sondern auch die arbeitslosen jüdischen Setzer, von denen sich erst dieser Tage einer in einem uns vorliegenden Bewerbungsbrief wie folgt Luft macht:

„. . . Bei der Jüdischen Gemeinde, Berlin, wurde ich vorstellig, warum das Gemeindeblatt in einem arischen Betrieb, geschlossen in der Deutschen Arbeitsfront, gedruckt wird, und wir jüdischen Setzer und Drucker in diesem Betriebe wegen unseres Judentums entlassen wurden, sogar die kriegsbeschädigten Juden . . . Schon vom moralischen Standpunkt aus müßte da was geschehen . . . Ich selbst bin . . . kriegsbeschädigter Frontsoldat, kann keine Stellung wegen meines Judentums erhalten, und die arischen Kollegen sagen mit Recht: ‚So sind deine Glaubensgenossen! Einen Tritt bekommen sie, und trotzdem lassen sie ihre Judenzeitungen bei uns Ariern drucken . . ."

Lernen sie's wirklich nie?

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

Berlin. Am 1. September feiert der bekannte Gesundheitslehrer Dr. Karl Bornstein-Berlin sein Goldenes Doktor-Jubiläum. Der Jubilar ist besonders durch seine Wirksamkeit auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung hervorgetreten. Er war zuerst Landarzt in einem Städtchen der Provinz Posen, dann Badearzt in Bad Landeck und ließ sich später in Leipzig nieder.

Jüdische Gemeindearbeit in Ostpreußen

(JTA.) An der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes der Synagogengemeinden Ostpreußens, die vor kurzem in Königsberg stattfand, nahmen die Vertreter von 23 Gemeinden teil. Für die Reichsvertretung war Frau Prof. Cora Berliner anwesend, für den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden dessen Syndikus, Dr. Hermann Schildberger, der das Hauptreferat der Tagung über Verwaltungsmaßnahmen in Kleingemeinden hielt. Der Landesverband stellt 10 bis 12 Prozent des für die Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden und zur Aufrechterhaltung von Bezirksrabbinaten aufgewandten Betrages für das ostpreußische Gebiet zur Verfügung, obwohl dort nur 2 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung in Preußen und der dem Landesverband angeschlossenen Gebiete wohnen. 15 Bezirkslehrerstellen und 4 Bezirksrabbinate sind geschaffen worden. Durch die verstärkte Abwanderung der jüdischen Bevölkerung aus den Provinzgemeinden erwiesen sich besondere Maßnahmen als erforderlich. Die wichtigste Maßnahme hierbei war die Einrichtung einer Sonderabteilung für Vermögensverwaltung und Liquidation in Kleingemeinden beim Preußischen Landesverband und die Einführung eines Systems von ehrenamtlich arbeitenden Vertrauensleuten. Die Gemeinden, die sich in religiösen, seelsorgerischen und kulturellen Fragen an ihren Bezirksrabbiner wenden, erhalten in Gemeindefragen, in Rechts- und Vermögensangelegenheiten Auskunft durch den Bezirksbeauftragten des Landesverbandes, der seinerseits wieder im Einvernehmen mit den Provinzialverbänden und Bezirksrabbinaten arbeitet. Als wesentliche Aufgabe fällt den Vertrauensleuten auch die Durchführung von Liquidationen der Kleingemeinden zu. Hierbei handelt es sich vorwiegend um den Anschluß der Kleingemeinden an eine größere Nachbargemeinde; eine Auflösung der Kleingemeinden kommt nicht in Frage, solange dort noch Juden wohnen und ist auch nicht empfehlenswert, weil sich durch die Eingemeindung am leichtesten die weitere Erhaltung der Friedhöfe ermöglichen läßt.

Schweiz

Schweiz setzt Abkommen über Auswandererschutz in Kraft

Bern. Die Schweizer Regierung hat das von der Zwischenstaatlichen Regierungskonferenz für Auswandererschutz am 4. Juli 1936 getroffene Abkommen über die vorläufige Regelung des Rechtsstatus der aus Deutschland Ausgewanderten in Kraft gesetzt. Das Abkommen, das die Schaffung einer Identitätskarte und eines Reiseausweises für die Auswanderung u. a. vorsieht, war seinerzeit sogleich von fünf Staaten, von England, Frankreich, Dänemark, Holland und der Schweiz unterzeichnet worden. Nachträglich ist dem Abkommen Portugal beigetreten. Die Schweizer Regierung hat die aus Deutschland Ausgewanderten aufgefordert, sich zur Zuteilung der Ausweise zu melden.

Belgien

Zweite Weltkonferenz der polnischen Juden im Ausland eröffnet

Antwerpen. In Anwesenheit von Vertretern aus siebzehn Ländern wurde am 21. August in Antwerpen die Zweite Weltkonferenz der polnischen Juden im Auslande eröffnet. Der erste Präsident des 1935 gegründeten Weltverbandes der polnischen Juden im Auslande war Nahum Sokolow. Gegenstand der Verhandlungen der Konferenz bilden Wirtschafts- und Auswanderungshilfe für die Juden in Polen, kulturelle Probleme der polnischen Juden im Auslande und ihr Rechtsstatus in den westeuropäischen Ländern.

Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Bischof von Durham, sowie zahlreiche führende englische Politiker haben an den Kongreß Begrüßungs- und Sympathiekundgebungen gerichtet, in denen die Hoffnung ausgesprochen wird, daß Polen allen seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion und Nationalität Schutz angedeihen lassen wird.

Nach einem zusammenfassenden Referat des Präsidenten des Weltverbandes, Benjamin Winter-New York, sprachen B. Großkopf-Tel Aviv, über die Arbeit des Verbandes der polnischen Juden in Palästina, Abraham Kandel-New York über die Lage der polnischen Juden in Amerika und Dr. Taubes-Amsterdam über die Lage der polnischen Juden in Westeuropa. Eine Gedenkrede für Nahum Sokolow, den ersten Präsidenten des Weltverbandes, hielt Z. Tygel-New York.

Tschechoslowakei

Weltverband jüdischer religiöser Journalisten

Marienbad. Unter dem Vorsitz des politischen Sekretärs der Agudas Jisroel, H. A. Goodman, fand in Marienbad die konstituierende Versammlung des Weltverbandes jüdischer religiöser Journalisten statt. Es wurde eine Exekutive von elf Pressevertretern eingesetzt.

Auf Veranlassung der tschechoslowakischen Postverwaltung wird die bei einem Sonderschalter des Postamtes Marienbad I in der Zeit vom 18. bis 23. August aufgegebene Briefpost mit einem Sonderstempel versehen, der außer der Bezeichnung des Postamtes auch die Worte „Dritter Weltkongreß der Agudas Jisroel, 18. bis 23. August 1937" in hebräischer und tschechischer Sprache aufweist.

Rumänien

Bukarest. Im Rahmen der Antworten auf die von ihr veranstaltete Rundfrage bringt die Tageszeitung „Curentul" eine Erklärung des ehemaligen Justizministers Prof. Mircea Djuvara über Palästina und Judenfrage.

Palästina, schreibt der frühere Justizminister, ist für die Juden hauptsächlich ein moralisches Problem; jene Juden, die eine lebendige Verbundenheit mit ihrer über Jahrtausende sich erstreckenden Vergangenheit empfinden, sehen der Wiedererrichtung ihrer alten Heimstätte im Lande Israels mit großer Genugtuung entgegen. Dort könnte ein neues Kulturzentrum geschaffen werden, das an dem allgemeinen Fortschritt der Menschheit einen bedeutenden Anteil hätte.

Polen

Warschau. Nach der Einführung des Schächtgesetzes in Polen sind wiederholt Bestrebungen vorhanden gewesen, das gesamte Schächtwesen für koscher geschlachtetes Vieh in die Verwaltung der Warschauer Jüdischen Gemeinde zu überführen. Der Regierungskommissar für die Warschauer Jüdische Gemeinde arbeitet jetzt einen entsprechenden Plan aus. Man erwartet, daß bereits in zwei Monaten das Projekt verwirklicht werden wird. Nach dem Plan werden alle Schächter und Hilfsarbeiter Beamte der Warschauer Gemeinde werden. Die Einnahmen aus den Schächtgebühren sollen in die Kasse der Gemeinde fließen.

In letzter Zeit sind wiederholt Fälle entdeckt worden, in denen Fleischer Fleisch von betäubt geschlachtetem Vieh als koscher verkauft haben. Die Fleischer sind zur Verantwortung gezogen worden. Gegenwärtig schwebt ein Verfahren gegen 55 Fleischer mit dem Ziele, ihnen die Handelserlaubnis für Fleisch auf zwei Jahre zu entziehen.

Lettland

93 479 Juden leben in Lettland

Riga. Das Statistische Amt der lettländischen Regierung hat soeben die Ergebnisse der im Jahre 1935 durchgeführten Volkszählung veröffentlicht. Danach betrug die Zahl der Juden in Lettland in diesem Jahre 93 479. Die Juden bildeten mit 4,79 Prozent die drittgrößte Volksgruppe Lettlands.

Obwohl der Geburtenüberschuß der jüdischen Bevölkerung in den Jahren 1930 bis 1935 1150 betrug, ist die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in diesem Zeitraum durch Auswanderung um 909 gesunken. In der Hauptstadt Riga ist die jüdische Bevölkerung gegenüber der vorangegangenen Zählung um 1344 Seelen gewachsen.

Rings um die Teilung

Selbstverständlichkeiten. Im Leben des einzelnen und im Leben der Gemeinschaft sind gewisse Erscheinungen da, für die jede Erklärung überflüssig ist. Sie sind selbstverständlich. Es ist klar und selbstverständlich, daß jedes Geschöpf für seine Rechte kämpfen wird, falls sie ihm jemand rauben will. Es ist selbstverständlich, daß wenn jemand versuchen sollte, die Grenzen Englands, Deutschlands, Frankreichs usw. anzutasten, das nationale Gefühl und die nationale Erkenntnis der in diesen Staaten lebenden Völker von den Regierungen derselben eine sofortige Aktion verlangt hätte. Warum? — Die Frage und jede Erklärung ist überflüssig; logisch, unlogisch, klug oder dumm, gut oder schlecht, es ändert nichts an der Tatsache — es ist selbstverständlich.

Es ist überflüssig, Beispiele zu erwähnen. Nicht wichtig, den Bruch und den Kampf um die Revision der Friedensverträge zu erwähnen, es ist auch überflüssig, über den Widerstand der primitiven, wilden Völker in Asien und Afrika gegen die Eroberung „ihrer Gebiete" durch die weißen Kolonisatoren zu schreiben. All das war selbstverständlich und heute versteht die Kulturmenschheit, daß eben diese Gründe der nationalen Erkenntnis und der nationalen Ehre die Triebkräfte der menschlichen Geschichte waren.

Aber was tut das „kluge Volk"?

Vor allem muß festgestellt werden, daß über solche Fragen nicht debattiert werden darf. Ein gesundes Volk wird einen Vorschlag zur Verkleinerung seines Staates, zum Raub eines Teiles seines Landes als beleidigend verwerfen. Sind wir eine Nation — oder eine Herde ehrloser Juden?! Und wenn wir eine jüdische, stolze Nation sind, muß jeder Versuch, der den Zweck hat, aus unserem nationalen Unglück eine Ironie zu schaffen, unsere Ehre in den Staub zu treten, bei seiner Geburt erstickt werden! Die jüdischen Führer verstehen aber diese primitive Selbstverständlichkeit nicht und es genügt nicht, daß sie im Prinzip diesen Vorschlag nicht verwerfen; man handelt mit den Teilen unseres Vaterlandes wie mit guter oder verfaulter Ware. Versteht denn das jüdische Volk nicht, wie niederträchtig ein solches Handeln ist? — Gebt uns im Liliputland einige Regierungsposten, gebt uns einen Status, gebt uns einen Teil des Negew, einen Teil von hier und einen anderen von dort und wir, zionistischen Führer, verzichten im Namen des jüdischen Volkes auf sein Vaterland, auf seine Ehre und auf seine Heiligtümer! Wie werden diese Herren Rechenschaft geben?

Haben sie nicht Angst vor den zukünftigen Makkabäern?

Und wie lange wird das Volk mit ihnen gehen — ist es wirklich ganz dürre, regt und rührt sich nichts, — wie die Worte des Dichters lauten?

★

Sumpf. Nach der historischen Parlamentssitzung (bei welcher sich nicht bloß die Opposition, sondern auch die Mitglieder der Regierungspartei gegen den Vorschlag der Regierung gestellt haben) hatte ich wieder die Gelegenheit, einige Worte mit Jabotinsky zu sprechen, und habe ihm die Zeitung Itamar Ben Avis „Dor Hajom" gezeigt, in der der Redakteur über das „Dritte Jehuda" geschrieben und bereits die Regierungsposten verteilt hat. Jabotinsky hat er als Außen-, Kriegs-, Luft- und See-Minister vorgeschlagen. Ich war neugierig, wie es auf Jabotinsky, den Bescheidenen, wirken wird, wenn man ihn immerhin mit den wichtigsten Ministerportefeuilles bedenken will... Jabotinsky hat bloß einige Zeilen gelesen, warf einen Blick auf die Zeilen, die über seine Person geschrieben wurden und seine Antwort war: Sumpf...

★

Jabotinsky lacht. Ich hatte das Glück und die Ehre letztens einigemale Jabotinsky zu sehen und mit ihm zu sprechen. In den schweren Tagen vor der historischen Parlaments-Sitzung und in der Zeit, da er vor den Mitgliedern des englischen Unterhauses seinen ausgezeichneten Vortrag hielt, konnte ich Jabotinsky nicht sprechen. Er war in seinem Zimmer, arbeitete bis Mitternacht und nur hie und da hat er einen Besuch empfangen oder sein Zimmer für ein wichtiges politisches Gespräch verlassen. Es war Sonntag, vor der erwähnten Parlaments-Debatte, daß ich ihn doch gesehen habe. Es war in einem Zimmer des Büros der Neu-ZO. in London, wo zehn Menschen mit dem Versenden der Memoranden an alle Members of Parliament und an die Lords beschäftigt waren. Plötzlich kam Jabotinsky, der zwei Exemplare des Memorandums genommen hat. Eins für sich und eins für Col. Patterson, der in seiner Gesellschaft war. In diesem Memorandum sind drei Landkarten: die Karte der kleinen durch die Royal-Kommission vorgeschlagenen „Taschen-Ausgabe Judenstaat", in der zweiten größeren Karte des großen Judenstaates in den historischen und in den Grenzen des Mandates und in der dritten Karte das von Arabern bewohnte Riesengebiet. Selbstverständlich ist das Größen-Verhältnis dieser Gebiete ganz komisch, und es ist nicht leicht, den Liliput-Judenstaat auf der Mappe zu finden. Jabotinsky, der selbst die Zeichnung der Karte verlangt hat und sie vorher schon gesehen hatte, hat plötzlich laut zu lachen begonnen. Ich habe ihn nie vorher so lachen gehört. Der Mensch aus Eisen, auf dessen Gesicht keine Freude und kein Schmerz zu erkennen ist, der immer ruhig und kalt ist, ein Mensch, der in der Gefahr Optimist sein kann und an die ewige Mission seines Volkes glaubt, während er sich in der Zeit von Freude von Don Quichotistischen Träumen nicht mitreissen läßt, — dieser Jabotinsky hat laut gelacht. Und dieses Lachen war eine Antwort auf den Schmutz, auf die Niederträchtigkeit, die um uns herum herrscht. Es war Ironie und Verachtung einer stolzen und harten jüdischen Rasse an alle, die uns beschmutzen. Ironie über alle, die glauben, daß das jüdische Volk auf sein Land verzichten wird. Ein Lachen, das später in den Worten ausgedrückt wurde: Der Teilungsplan ist totgeboren.

★

Der Abgott der Organisation. Am Anfang war... Was war am Anfang — die Idee oder die Organisation? Diese Frage war aktuell, als wir die alte ZO. verlassen haben. Wir haben uns für das primäre der Idee entschieden und haben der Idee eine Form in der Neu-ZO. gegeben. Die anderen demgegenüber haben aus der Organisation einen Abgott geschaffen. Alles für die Organisation, und wenn man etwas von der Idee zugunsten der Organisation opfern muß, — tut man es auch, da doch auch Abgötter Opfer verlangen. Auch Ussischkin und seine Freunde haben sich dieser Ehre unterworfen. Es ist unwichtig, die Gründe zu suchen, ob sie privater Natur waren oder vielleicht das Resultat ehrlichen Nachdenkens.

Heute kämpft Ussischkin am entschiedensten gegen den Teilungsplan. Was wird geschehen, falls der Partitionsplan angenommen wird? — Werden dann die Leute, die heute noch als Wächter der Grenze Palästinas in der jüdischen Politik gelten, sich dem „Abgott der Organisation" unterwerfen, auf die Idee wieder verzichten, — oder alles in Kauf nehmen und für die heilige Idee die Organisation opfern? Wobei noch andere Organisationen, bei denen die Idee das Primäre ist, existieren. Ich glaube, daß der Galut-Geist in der neuen jüdischen Renaissance noch einen allzu starken Einfluß hat, und die Watikim, wie Ussischkin, wieder schwach sein werden...

Haavara / Das Verhältnis der deutschen Alija zum Transfer und seinen Organen

Von einem früher in Berlin ansässigen Kaufmann erhalten wir diesen offenen Brief, der mit den grundsätzlichen Dingen um die Haavara nichts zu tun hat, jedoch soviel an sachlich fundierter Kritik enthält, daß wir ihn gern veröffentlichen. Handelt es sich doch um einen Ausschnitt aus einem Komplex, an den zahlreiche ausgewanderte und nicht ausgewanderte Juden nicht ohne lebhafteste Erbitterung denken. D. Red.

Ein offener Brief an Herrn Dr. Siegfried Moses

Jerusalem, den 21. Juni 1937.

Sehr geehrter Herr Dr. Moses.

Wiewohl Sie erst wenige Monate hier im Lande sind und die Geschäfte der Haavara mitleiten, ist es Ihnen nicht entgangen, daß weite Kreise der hier aus Deutschland Eingewanderten „sich recht negativ gegenüber den Organen des Transfer stellen". In Wirklichkeit besteht eine starke Verbitterung gegen die Haavara, und auch diese Bezeichnung ist ein gelinder Ausdruck für die Stimmung dieser Kreise. Sie glauben sich zu „diesem Thema ganz unbefangen als Außenstehender, aber auch interessierter Beobachter einräumen zu können". Ich kann dies mit dem gleichen Recht für mich in Anspruch nehmen, da ich weder vor noch nach meiner Abwanderung Abwicklungen mit der Haavara hatte, und diese also als völlig Unbeteiligter beurteile. Sie fragen nach den Gründen der negativen Einstellung der Haavara gegenüber. Ich will einen wichtigen vorwegnehmen: Woher kommt es — so fragen sehr viele — daß in der Leitung der Haavara mit einer einzigen Ausnahme nur Akademiker sind, während doch ihr Aufgabenkreis rein kaufmännischer Art ist. Bedarf es bei der Beurteilung der Transfer-Fragen einer juristischen Schulung und hat die Judenheit in Deutschland nicht genügend erfahrene, gewiegte Kaufleute, die diese Leitung übernehmen konnten, und denen viele Fehlschläge, die für die Transferenten sich sehr verlustbringend auswirkten, auf Grund dieser Erfahrung erspart geblieben wären? Hier besteht ein Kausal-Nexus.

Ein zweiter Kardinalfehler war es, „einem Maximum von Menschen zur Auswanderung aus Deutschland nach Palästina zu verhelfen und ein Optimum in der Förderung des Aufbaues von Erez Israel durch die deutsche Einwanderung und den deutschen Palästina-Transfer zu erzielen." Die Verbindung dieser beiden Aufgaben hat vielen Transferenten eine schwere Einbuße ihres Vermögens, manche um ihre letzten Reserven gebracht. Die Haavara ist in vielen Fällen von Juden in Deutschland in Anspruch genommen worden, die über ein mäßiges Vermögen verfügten, hiervon bei ihrer Abwanderung einen erheblichen Teil einbüßten, denen gegenüber ein doppeltes Verantwortungsgefühl am Platze war und ist. Die Wohlhabenden haben sehr häufig andere Wege gewählt. Die Haavara ist ins Leben gerufen worden, um jüdische Vermögen aus Deutschland nach Palästina zu transferieren, nicht aber, um die jüdische Wirtschaft in Palästina anzukurbeln oder die unausbleiblichen Kinderkrankheiten der palästinensischen Industrie mittragen zu helfen. Und so lange diese Verbindung bestehen bleibt, werden Verluste zwangsläufig entstehen und sie werden ein immer größeres Ausmaß annehmen durch die Import-Erschwerungen einerseits und durch die schon zwei Jahre bestehende wirtschaftliche Krise Palästinas, die seine Aufnahmefähigkeit schwächte, andererseits. Es ist sogar zu befürchten, daß die „unermüdliche Ausschau nach neuen Absatzmöglichkeiten für die dem Transfer dienenden Waren und die erfinderische feinfühlige Aufspürungsarbeit" noch größere Verluste den Transferenten bringen, denn es gilt als eine kaufmännische Erfahrung, in den Jahren wirtschaftlicher Depression den Aktionsradius nicht zu vergrößern oder künstlich auf der früheren Höhe zu erhalten. Die Haavara soll sich darauf beschränken, Warenlieferungen nur gegen bare Bezahlung zu ermöglichen, dann wird sie auch dem Druck der der Industrie nahestehenden Kreise, der auf sie ausgeübt worden ist und wahrscheinlich ausgeübt wird, den nötigen Widerstand leisten können. Sie wird dann ihren Apparat erheblich verkleinern müssen, aber auch können. Die Transferenten wissen, daß sie erhebliche Opfer bringen müssen, aber sie werden dann das sichere Gefühl bekommen, daß sie einen Rest ihres Vermögens gerettet haben. Einem großen Teil der Vorgemerkten wird der in Ihren Augen billige Rat gegeben werden müssen, einen Teil ihres Geldes in Sperrmark umzuwandeln. Ich habe, wie Sie wissen, in einem Briefwechsel mit der Haavara ausgeführt, daß die Bautransfer-zweiten Hypotheken in den allermeisten Fällen keinen Vorteil den Transferenten bringen, ihm dagegen ein Risiko aufladen und eine Jlliquidität seines geringen Vermögens verursachen, die gar häufig eine Existenzgründung unmöglich machen. Die von der Haavara hiergegen vorgebrachten Einwände, daß der gesetzliche Zinsfuß für zweite Hypotheken nur 9 Prozent sein darf, sind nicht ernst zu nehmen, und die Ihnen befreundeten Vermittler solcher zweiten Bautransfer-Hypotheken werden meine Berechnung bestätigen. Da die Haavara noch immer monatlich 5000 Pfund Sterling für solche zweiten Hypotheken freigibt, empfiehlt es sich, meine Berechnungen und Ausführungen zu vervielfältigen und jedem Darlehnsgeber einer solchen Hypothek sie bei seinem Antrag zu geben, damit er, der im allgemeinen über die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes schlecht oder überhaupt nicht informiert ist, ihre Nachteile abwägen kann. Der Gesichtspunkt des nationalen Aufbaues ist hierbei ganz auszuschalten. Die Haavara begegnet diesen Vorwürfen, indem sie sagt, daß sie jeden Transferenten darauf aufmerksam macht, sie übernehme keinerlei Verantwortung für die Bonität dieser Anlagen. Dieser Einwand ist formal richtig, er ist aber nicht geeignet, die Verbitterung aus der Welt zu schaffen, wie dies die Ausführungen im Mai-Heft der HOG. „zum Falle Assis" beweisen. Der Haavara vertrauen sich sehr viele Nicht-Kaufleute bei ihren Transaktionen an, in der Annahme, daß diese Beratung eine sachkundige und ihre Interessen wahrende ist. Von den Vermittlern kann dies nicht immer in vollem Maße verlangt werden. Und wenn die Haavara jetzt daran denkt, diejenigen industriellen Unternehmungen, denen die Transferenten ihr Geld anvertrauen wollen, durch Sachverständige prüfen zu lassen, so weiß jeder Kaufmann, wie fragwürdig diese Beurteilungen für zu gründende oder ein oder zwei Jahre bestehende Unternehmungen sind, und daß ihnen ein Wert kaum beizumessen ist. Aus einem Zeitungsartikel der hiesigen hebräischen Presse ersehe ich, daß die Haavara den Warenimport dadurch steigern will, indem sie den Importeuren längere Kredite bis zu einem Jahre gegen Eigentumsvorbehalt — ich weiß nicht, ob dies juristisch hier möglich ist — einräumen will, oder es schon tut. Diese Nachricht wird mir von seriöser Bankseite bestätigt. Man braucht nicht prophetisch begabt zu sein, um hier Verluste voraussagen zu können, die die Haavara, da sie ein Delkredere-Konto nicht haben darf, nicht tragen kann und die sie auf die Transferenten abwälzen muß. Aus diesem Grunde müssen sie unterbleiben. Es gehört nicht zu ihrem Aufgabenkreis, Geschäfte, um wieviel weniger solche riskanter Art, zu machen, denn sonst wird sie bald ihre Firma um die Worte „Mobilien en gros" ergänzen müssen. Die von Ihnen erwähnten 11 Prozent für Spenden und Gelder der nationalen Fonds und sonstiger Spezial-Transferbeträge — welche sind dies? — dürfen nicht über die Haavara — es gibt hierfür andere Möglichkeiten — transferiert werden, denn hierdurch werden deutsche Transferenten benachteiligt. Die Haavara ist, wie ich nochmals betone, kein zionistisches Unternehmen.

Und nun zu denjenigen Ausführungen der Juni-Nummer HOG., in denen Sie in mehr als diplomatischer Art einen halben Tefach aufdecken und drei zudecken. Ihre wirklichen Angaben sind sehr spärlicher Art, dagegen versuchen Sie, durch Versicherungen und Beruhigungspulver den Sturm zu beschwören. Handelt es sich bei der Ihnen geschilderten Verbitterung um Klagen über „Schnelligkeit und Akkuratesse der Arbeiten der Haavara" oder darum, daß die Haavara „berechtigten subjektiven Wünschen ein Nein entgegenstellen muß", oder „weil der Apparat zu bürokratisch oder weil der Ton zu wünschen übrig läßt?" Es geht doch darum, daß viele deutsche Transferenten ihr Vermögen bei diesen Geschäften verloren haben, und daß eine Reform am Rumpf und seinen Gliedern bei der Haavara vorgenommen werden muß. Ihre geringen Zahlenangaben ermöglichen nur wenige Gegenfragen. Sind die für 1936/37 angegebenen Pfundbeträge in voller Höhe den Transferenten ausgehändigt worden oder gehen hiervon noch Spesen oder andere Beträge ab? Wie hoch waren die Verwaltungskosten in den Jahren 1935/36/37? Welcher Betrag ist in den Jahren 1936/37 in bar ausgezahlt worden? Warum trennen Sie nicht die Auszahlungen in Form von „Debentures" und „Shares" nationaler Institutionen von denen „einiger sonstiger Unternehmungen", und wer sind diese letzteren? Wie groß sind die Verluste, die deutsche Transferenten an Assis-Kremmener, Phoenicia usw. erlitten haben? Und diese Angaben gesondert für 1935, 1936, 1937. Sie zitieren die Kriegs- und Nachkriegswirtschaft in Deutschland, um die Lage der Haavara zu erklären. Soll die Haavara sich zu einer Kriegsmetall-Gesellschaft mit all ihren Folgeerscheinungen ausweiten? Die Beantwortung dieser Fragen wird einen weiteren Fragenkreis ermöglichen. Es muß hier eine Aenderung eintreten.

Sie wünschen am Schluß Ihrer Ausführungen in einen Briefwechsel über die Gründe dieser Verbitterung einzutreten, aber die Haavara ist eine öffentliche Institution, die jüdische Auswanderer-Gelder verwaltet, und darum können und müssen diese Fragen öffentlich verhandelt werden, und zwar unter dem Gesichtspunkte, daß der Aufbau Palästinas nicht zu ihren Aufgaben gehört, und daß sie sich darauf beschränken muß, ein rein geschäftliches, treuhänderisches Unternehmen zu sein, das unabhängig von der Sochnut und den an der Industrie beteiligten Körperschaften in einem stark verkleinerten Rahmen unter der Aufsicht von unabhängigen Kaufleuten die ihm anvertrauten Gelder verwaltet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Isaac Boschwitz.

Das Buch des Märtyrertums und des Glaubens

Zum neuen Buche von Uri Zwi Grünberg

Unter den Gedichten von Uri Zwi Grünberg fand ich eines, das mich zutiefst berührt hat, bei dessen Lektüre mir die Tränen kamen. Grünberg erzählt in diesem Gedicht, daß der Messias kommen wird, weil er kommen muß, und das Ghetto wird fallen und Israel wird zum Bewußtsein reifen, daß es den anderen Völkern gleich ist. Doch plötzlich wird das Volk in einen tiefen Abgrund gestürzt, der Krieg bricht aus, Jude steht gegen Jude im Kampf, der Bruder erhebt sich gegen den Bruder. Eine ungewöhnliche aber furchtbare Verkettung des Schicksals. Doch solche Katastrophen müssen das Eintreffen des Messias beschleunigen, denn Pogrome und Verfolgungen künden das Nahen erlösungbringender Tage. Und in der Tat, der Messias kommt und klopft am prächtigen Gemach der nationalen Hoffnung. In der historischen Stunde der Balfour-Deklaration war unser aller Hoffnung — der Judenstaat; denn wir bauten unsere Hoffnung auf den Beispielen der Geschichte auf. Die Völker und ihre Führer sprachen: Armenien den Armeniern, Juda den Juden. Der Messias klopfte an unsere Tür, aber wir öffneten sie nicht; sagten ihm vielmehr: Was willst Du von uns?

Dieser Messias schien entbehrlich. Später begegnete man ihm sogar mit Hohn und Spott: Wozu kommst du mit deinen Messias-Ideen zu uns? Wir brauchen das alles nicht! Wir haben das Erbe der Jahrhunderte in etwas viel Erhabeneres eingetauscht, in das wahre Buch des Lebens, in die Bibel des Klassenkampfes.

Grünberg sagt: Wäre der Messias nach seinem ersten Schritt brutal zurückgestoßen worden, wäre er mit durchbohrtem Leib an der Schwelle des neuen Hauses liegen geblieben. Aber das Volk tötete ihn mit seinem Spott und diesen Spott konnte er nicht ertragen. Und so hüllte sich der Messias in seinen Mantel, um verlassen, unwillig, enttäuscht von uns wieder zu gehen. Wer weiß — schließt der Dichter — für wie lange, für hundert, für tausend Jahre...

Und ein weiteres Bild aus der Gedichtesammlung: Die Blinden in Zion. Warum sitzt ihr so ruhig, woran denkt ihr? Ihr baut eure Häuser in der Nähe der arabischen Dörfer, deren Bewohner ihre Waffen gegen euch schmieden. Wie werdet ihr den Angriff abwehren? Wie werdet ihr antworten? „Sie vernichten und wir bauen auf!" Auf einem Vulkan läßt sich nicht bauen. Soll man also einen sicheren Ort suchen? Da brachen die Unruhen 1936 aus. Wie haben wir darauf reagiert? „Der Ziegel verwitterte und man baute die Mauern." Der Prophet Jeschajahu protestiert dagegen, wir aber haben einen Protest zu unserem Lebensinhalt gemacht. Es tut nichts, wenn sie alles vernichten und anzünden. Wir bauen alles wieder von neuem auf.

War diese Zuversicht berechtigt? Vier Monate vor dem 19. April 1936 hörte ich die Warnung aus Grünbergs Mund: „Ihr werdet an meine Worte denken, der Zionismus verfällt." Ich hörte und wollte nicht glauben. Aber Grünberg behielt Recht. Er fragt mit Recht: Wird so das Volk zur Erlösung vorbereitet? Wohl braucht man Arbeit, Boden, Siedlungen — all das sind wichtige Dinge, aber zunächst muß man für sie die Grundlage schaffen. Was aber ist die Grundlage? Ein politisches Regime, der richtige Schutz für alles, was wir schaffen. Wo ist dieser Schutz? Es ist unmöglich, zwei Göttern gleichzeitig zu dienen; es ist unmöglich, gleichzeitig Gott und dem Baal zu dienen. Der Zionismus kann nicht auf dem Wege des Klassenkampfes verwirklicht werden. Wir aber glauben, das richtige Kompromiß gefunden zu haben.

Uri Zwi Grünberg erhebt aber nicht nur Anklage gegen sein Volk. Er ist sich dessen bewußt, daß ein großer Teil des Uebels durch die anderen Völker verursacht wurde. Wir finden bei ihm Gedichte, die nicht zahlreich, aber schön und bedeutend sind und von anderen Dingen handeln. Ein Teil ist dem neuzeitlichen Cyrus gewidmet. Großbritannien hätte die Rolle dieses Cyrus innehaben sollen. Es hat uns das Land versprochen und wir glaubten dem englischen Volke; wir glaubten dem Volke, das so stark mit der Bibel verbunden ist. Was geschah jedoch? Wohin wir auch immer blicken, überall und immer sehen wir dasselbe: geht es um arabische Forderungen, werden sie sofort erledigt, aber die Forderungen der Juden werden nicht berücksichtigt. Und da fragt der Dichter: Ist das das Bündnis, die Treue und der Glaube? Handelt so der neuzeitige Cyrus?

Hat etwa Uri Zwi Grünberg den Glauben verloren? Der neue Gedichtband trägt den Titel: Das Buch des Märtyrertums und des Glaubens. Ein Beweis, daß er glaubt. Ich kann aber ohne Uebertreibung sagen, daß seit Ibn Gabirol und Jehuda Halevy kein Mensch so ungebrochen seinen Glauben bewahrt hat, wie Grünberg. Er wendet sich an den Allmächtigen. Auch das ist ein Zeichen seines Glaubens. Er fragt: Warum sind wir ärger als andere Völker? Die Letten haben ihren Staat, auch die Esten und Litauer haben ihn erreicht. Nur ein Volk darf von seinem Staat nicht träumen — Israel. Aber das ist kein militaristisches Volk, sondern ein Volk, welches sich auf die englischen Bajonette stützt. Vorläufig haben wir keinen anderen Ausweg, denn wir werden unser Recht auf dieses Land niemals preisgeben. Wir haben unser Dasein auf dem Buch und auf dem Pflug aufgebaut. Aber er, der den Pflug mit eigener Hand führte, weiß, daß zunächst die Sicherheit für die Herrschaft des Buches und des Pfluges geschaffen werden muß. Was wird geschehen, bis eines Tages das britische Schwert verschwindet? Grünberg glaubt an unsere Sendung und an die Verwirklichung unserer Ziele unter einer Voraussetzung: daß wir das Ewige Israels nicht für das Gold Israels eintauschen.

Prof. Dr. Josef Klausner.

Arbeiter und Freiheitsbewegung

Unsere kleine jüdische Welt ist in fast allen Dingen des Lebens verglichen mit der großen Welt der Völker Europas eine verkehrte Welt. So ist es kein Wunder, daß auch alles, was in unserer Wiederbelebungsbewegung geschieht, anders aussieht als das, was in gleichem Falle andere Völker taten.

Die Fahnenträger aller Freiheitsbewegungen der unterdrückten Nationen waren immer die Arbeiter und die studierende Jugend. So im zaristischen Rußland, im Italien Garibaldis und Mazzinis, in Rumänien, in Bessarabien und beim bulgarischen Volk vor seiner Befreiung. Die Arbeiter und die Studenten waren die extremsten Fanatiker des Ideals der Befreiung und der vollkommenen Erlösung ihres Staates und ihrer Nation.

Beim Volke Israel aber ist es anders. Zwar waren die Biluim in ihrer Mehrheit Studenten, aber die jüdischen sozialistischen Arbeiter waren stets extremste Gegner der jüdischen Freiheitsbewegung. Sie schlugen sich zu den Sozialdemokraten, zu den russischen Sozialrevolutionären, zum antizionistischen jiddischistischen Bund, die alle vollständige Assimilation predigten (höchstens das Jiddisch als Trennungszeichen zwischen den Juden und den anderen Völkern anerkannten), gegen die jüdische Religion aber und die hebräische Sprache, gegen Palästina, gegen die jüdische Staatsidee und die jüdische Freiheitsbewegung ankämpften. Und als nach der Konferenz in Minsk und nach den Pogromen in Kischenew und Homel (1903) sich eine zionistisch-sozialistische Bewegung bildete, stellte auch sie keine wirkliche jüdische Freiheitsbewegung dar. Der mit der „praktischen Arbeit“ getriebene Kult, ein Ueberbleibsel der „Chibbat Zion“, hielt jeden Gedanken an einen wirklichen Freiheitskampf im staatlichen Sinne nieder. Damals war es zwar verständlich, wenn die Parole lautete, daß in Palästina Arbeitermassen geschaffen werden müssen; es war notwendig dafür zu kämpfen, um jene Arbeitsplätze zu erobern, die in den jüdischen Kolonien von Fremden eingenommen wurden. Seit jener Zeit sind aber bereits 30 Jahre verflossen; in Palästina gibt es nun Zehntausende jüdischer Arbeiter; auch das Ideal von der Arbeitseroberung ist in den Städten zur Gänze, in den Kolonien fast zur Gänze verwirklicht. Man müßte sich also sehr wohl vorstellen können, daß die Arbeitermassen, die heute eine so große und starke Organisation besitzen und in Palästina so einflußreich sind, an der Spitze der Freiheitsbewegung marschieren, Fanatismus für das jüdische Staatsideal und für alles das, was mit diesem Begriff zusammenhängt, bekunden. Man müßte ferner annehmen, daß sie auf alles das, was mit dem Klassenkampf zusammenhängt, verzichten, um die Brudereintracht bei allen Teilen unserer Nation nicht zu zerstören, ohne die der Freiheitskampf einer unterdrückten Nation nicht möglich ist. Dem ist zu unserem Bedauern nicht so. Keine Partei ist so sehr zu Kompromissen geneigt und zu leichtem Verzicht auf den jüdischen Staat wie die jüdische sozialistische Arbeiterpartei. Sie lebt mit den Leuten vom Brit Schalom in Frieden, wenn nicht gar in Freundschaft. (Im Arbeiterseminar und im „Dawar“ findet man viele Anhänger des Brit Schalom, aber keinen Revisionisten). Hingegen zeigt die Partei dort Fanatismus und Elan, wo sie Verlust an Klassenprofit wittert oder Aussicht auf Klassennutzen hat. Der Sozialismus wiegt ihr mehr als der jüdische Nationalgedanke, als der Judenstaat und der gemeinsame Kampf, die einträchtige Arbeit aller Klassen. Manchmal scheint es, als wäre es gar nicht so. Aber überall dort, wo mitunter der Zionismus den Sozialismus zu überwiegen scheint, zeigt es sich, daß die Histadrut Haowdim nur Rücksicht übt, weil sie gerne aus bourgeoisen Quellen trinkt und deshalb auf die Allgemeinen Zionisten angewiesen ist. Gewiß gibt es in Palästina auch jüdische sozialistische Arbeiter, denen der Zionismus dem Sozialismus vorangeht, aber sie sind in der Minderheit!

Das ist es, weshalb in Palästina eine zweite Histadrut geschaffen werden mußte, eine Histadrut für nationale Arbeiter.

Ich weiß sehr wohl, daß die Gegner diese nationale Histadrut mit den gelben Organisationen der Vorkriegszeit vergleichen. Aber es gibt ein Sprichwort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe!“ Der Nationalismus eines verfolgten Volkes ist mit dem eines Volkes, das selbst verfolgt, nicht zu vergleichen. Und die Sucht eines Volkes, das selbst viele Länder hat, nach neuen Territorien, ist wahrlich etwas anderes als die Sehnsucht eines Volkes, das nichts hat, um sein Haupt betten zu können, nach einem eigenen Land. Das gilt auch mit Beziehung auf eine nationale Arbeitergewerkschaft bei den Juden

Wodurch unterscheidet sich nun die neue Histadrut von der alten?

Die nationalen Arbeiter sind Arbeiter wie alle anderen auch. Es liegt ihnen ferne, einen Streik, der aus wirtschaftlichen, nationalen oder staatspolitischen Gründen ausgebrochen ist, zu brechen, vorausgesetzt, daß er sich nicht gegen sie selbst richtet. Sie halten am Prinzip rein-jüdischer Arbeit fest, denn ohne eine solche kann es keine jüdische Mehrheit in Palästina geben, ebensowenig wie die Produktivisierung des Volkes. Sie sind jüdische Arbeiter wie alle anderen jüdischen Arbeiter Palästinas. Sie verdienen ihr Brot im Schweiße ihres Angesichtes; sie machen Wüsten urbar und trocknen den Boden, sprengen Felsen, legen Sümpfe frei, bauen Häuser in den Städten und gründen Wirtschaften in den Kolonien. Kurz, sie sind in dieser Beziehung allen anderen jüdischen Arbeitern gleich und es besteht kein Unterschied zwischen ihnen und den Arbeitern der Histadrut. Damit erledigt sich eine Beschuldigung, die man sogar von aufrechten Gegnern der Revisionisten zu hören bekommt. Man liebte es bis jetzt, den Revisionisten vorzuwerfen, sie seien nur mit dem Mund stark, sie könnten nur kritisieren, höhnen und protestieren. Mit der Gründung dieser Gewerkschaft wurden solche Behauptungen zunichte. Ließen die Gegner nur die Revisionisten ohne Störung arbeiten!

Von nun an haben die Revisionisten eine wirkliche Arbeitergewerkschaft wie die Sozialisten und Misrachisten.

Aber es gibt ein Wesentliches, das die nationalen Arbeiter von den anderen jüdischen Arbeitern unterscheidet. Da ihrer Meinung nach in Palästina der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist und 80 Prozent des jüdischen Volkes noch keine Bauern und keine Arbeiter sind, sehen sie ihre Hauptaufgabe in der jüdischen Freiheitsbewegung.

Die nationale Arbeitergewerkschaft ist die Fahnenträgerin der Freiheitsbewegung in Palästina. Dies legt bestimmte Verpflichtungen auf. Da den nationalen Arbeitern die nationale Befreiung der Juden die Hauptsache ist und das Freiheitsstreben allen Teilen der jüdischen Nation gemeinsam ist, darf nicht Klassenkampf gepredigt werden, weil es der marxistische Sozialismus so verlangt. Und weil eben diese Befreiung dem nationalen Arbeiter das wichtigste ist, die Wiederauferstehung des jüdischen Volkes, so will dieser Arbeiter auf nichts verzichten, was den politischen Zionismus ausmacht und lehnt jedes Kompromiß mit Beziehung auf eine jüdische Mehrheit ab. Er kann sich mit der britischen Regierung nicht abfinden, deren Tendenz auf die Vernichtung jeder Aufbaumöglichkeit eines jüdischen Nationalheims geht. Ebensowenig kann er sich mit den arabischen „Führern“ abfinden, die sich bemühen, unsere Freiheitsbewegung durch Revolten, Demonstrationen und Zeitungshetze zu verhindern. Der nationale Arbeiter steht stark und fest auf dem Boden Herzlscher Anschauung, für deren Unversehrtheit und Vollkommenheit er seine ganze Seele zu opfern gewillt ist. Wie die russischen Arbeiter in den Jahren 1860—1918, die italienischen in den Jahren 1815—1870, wie die rumänischen, bulgarischen und serbischen Taglöhner in den Jahren 1850—1880 ihre nationalen Fahnen hochhielten, so werden auch die jüdischen Arbeiter (selbstverständlich mit jenem Unterschied, der zwischen Völkern, die schon bodenständig sind, und einem Volk besteht, das sich erst um ein Land schart). die Fahne des Judenstaates hochhalten, jene Fahne, welche die der vollständigen Erlösung des jüdischen Volkes auf seinem Boden sein wird, wenn die Zeiten sich geändert haben und die Stunde da ist.

Unter dieser Fahne wird sich jeder ehrenhafte und aufrechte Arbeiter im wiederauferstandenen Lande sammeln, jener Arbeiter, der zur völligen Befreiung strebt, und die neue Histadrut wird in der Nation einen gewaltigen Faktor darstellen, so daß alle ihre Feinde und erbittertsten Gegner von heute vor ihr zurückweichen werden. Der Fahne der Befreiung und Erlösung gehört der Sieg! Heute schon oder erst morgen, aber ihr gehört der Sieg, denn so lehrt uns die Geschichte jeder Freiheitsbewegung. Und die Geschichte trügt nicht!

Politische Notizen

Was ist mit dem Mufti? Seit Wochen laufen die wildesten Gerüchte um seine Person um. Hier heißt es, daß der Mufti, der in dem Bericht der Kgl. Kommission als spiritus rector der arabischen Aufstandsbewegung gekennzeichnet wurde, auf einen radikalen Beschluß hin verhaftet werden sollte und, um der Verhaftung zu entgehen, sich in die Omar-Moschee zurückzog, wo ihn keine strafende Hand mehr zu fassen vermag; dort heißt es, daß er freiwillig diesen Schritt vollzog, um in Ruhe seinen Studien nachzugehen. Eines steht jedenfalls fest: der Mufti wird in der Oeffentlichkeit nicht mehr gesehen. Dafür wird von ihm desto mehr gehört, denn es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß der Mufti seine verhängnisvolle Rolle in der palästinensischen Politik nicht weiterzuspielen gedenkt. Ein „gemäßigtes“ Interview, welches er dem Kairoer Blatt „La Patrie“ gab, gibt seine Meinung über die Lage wieder. Da erklärt er u. a.: „Wie kann man einen Teil des Landes als Geschenk Fremden geben? Palästina ist arabisch seit vielen Generationen. Die einzige Lösung ist, Palästina als selbständigen arabischen Staat zu proklamieren. Die Juden am Orte können an den Rechten teilhaben, die uns unser nationales Leben gibt. Ich sagte: die Juden am Orte, weil die Einwanderung sofort zu sperren ist. Balfour hat eine Deklaration erlassen und nur eine Kleinigkeit vergessen — uns um unsere Meinung zu fragen. Sind wir Landeseingeborene vielleicht für die Tat eines alten Lords verantwortlich? Das Mandat muß liquidiert werden und mit ihm das Experiment des jüdischen Nationalheims. Haben wir denn ruhig eine Alija zu dulden, die uns überschwemmen wird und uns zur Minderheit in unserem Lande macht?“ Auf die Bemerkung des Journalisten, daß bei der vorgesehenen Schaffung der zwei Staaten in bezug darauf nichts mehr zu befürchten wäre, antwortete der Mufti: „Wir wollen keinen Judenstaat in unserem Lande. Ich bin kein Feind der Juden im Lande, aber sie sollen sich vorsehen. Im Augenblick, wo ein Judenstaat auf unserem Boden entstehen wird, werden tagtäglich Streitfälle sein. Die Teilung wird die Differenzen verschärfen. Die einzige Lösung: Nicht Mandat und nicht Judenstaat, sondern ein selbständiger arabischer Staat, wo die Juden ihr nationales Leben wie die anderen Minderheiten in den arabischen Ländern führen werden.“

Also sprach der Mufti. Nun, wie werden die Juden nach der bekanntgewordenen Judenfreundlichkeit des Mufti es fertigbringen, diesen verlockenden Vorschlag, unter seinem Regime als ewige Minderheit „wie in den anderen arabischen Ländern“ (siehe Jemen!) leben zu dürfen, auszuschlagen?

★

Wie die Juden die nationale Front durchbrechen. Die würdigste Antwort, die der Jischuw dem arabischen Mob nach den Unruhen gegeben hatte, war der Boykott des Jaffaer Hafens. Dadurch wurde der Stadt Jaffa, die das Zeichen zu den Pogromen gab, die wirtschaftliche Basis weggenommen und ihrer Bevölkerung jede Existenzmöglichkeit entrissen. Selten landet heute ein Schiff in diesem Hafen — da die jüdischen Kommissionäre sich strikt weigern, Jaffa zu betreten. Und obgleich es für sie große zeitweilige Verluste bedeutete, haben sie es durchgekämpft, daß heute der allergrößte Teil aller Waren den Hafen Tel Aviv passiert.

Jüdische Passagiere hat Jaffa seit den Unruhen nicht gesehen, und da der größte Teil der Reisenden Juden sind, und sich diese weigern, in Jaffa an Land zu gehen, da außerdem Tel Aviv heute noch kein Recht hat, Passagiere abzuladen. faßten die meisten Schiffslinien den Beschluß, nur in Haifa anzulegen. Der Jaffaer Hafen ist tot. Trotz aller Anstrengungen seitens der Araber und der Regierung, ist er nicht mehr wiederzubeleben.

Doch Juden mußten es sein, die diesen Hafen wieder zum Passagierverkehr benutzten. Eine „zionistische“ Institution mußte es sein, die, um einige Piaster zu verdienen, die nationale Abwehrfront des Jischuw durchbrach.

Zum ersten Mal seit April 1936 sind in dieser Woche (am 2. August) wieder jüdische Touristen im Jaffaer Hafen abgestiegen; dies mit Hilfe der jüdisch-nationalen Reiseorganisation „PEL“ (Palestine and Egypt Lloyd). Diese Gesellschaft organisierte in Verbindung mit der Firma „Adriatika“, Wien, einen Ausflug nach Palästina. Unter den 27 Teilnehmern waren 10 Juden. Als das Schiff, das nach Haifa gehen sollte, auf einmal in Jaffa landete, weigerten sich die jüdischen Passagiere, in Jaffa abzusteigen, doch der Vertreter von PEL begab sich aufs Schiff und zwang die Passagiere, in Jaffa das Schiff zu verlassen.

Die arabischen Bootsleute haben ihren Augen nicht getraut, als sie die jüdischen Passagiere bemerkten. Sie sollen vor Freue gejubelt haben, in der Annahme, daß dies das Ende des Boykotts bedeute...

„PEL“ versucht, sich zu entschuldigen, daß der Ausflugsplan verlange, daß in Jaffa ausgestiegen werde und dann in Haifa wieder eingestiegen — eine andere Kombination würde einen Zeitverlust bedeuten. Das soll als Entschuldigung für den Bruch der Einheitsfront gegen das arabische Mördernest Jaffa gelten, in einer Zeit, in der der Jischuw um die Anerkennung Tel Avivs als Passagierhafen kämpft!

Daß der Jischuw das richtige Verständnis für das Verhalten dieser feinen Firma hat, davon zeugten anderen Tags die zertrümmerten Fensterscheiben des Ladens. Aber auch in der Gola werden nationale Juden verstehen, die richtige Antwort zu geben. *Zwi.*

★

Ein anderer Scheich ist der Faruki, der Herausgeber des bewußten Hetzblattes „Islamia“, das vor und während der Unruhen einen nicht unerheblichen Beitrag zur Verschärfung der Spannungen leistete. Auch Scheich Faruki äußert sich über die letzten Geschehnisse, der Debatten im englischen Parlament und auf dem Zionistenkongreß in seiner eindeutigen Art. Man höre: „Die Zionisten auf dem Kongreß in Zürich haben im Prinzip der Teilung zugestimmt, obwohl sich Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Formen ergaben. Die englische Regierung und die Kgl. Kommission haben die Teilungsangelegenheit erfunden. Also: die gegnerische Seite der arabischen Bestrebungen hat ihre Meinung kundgegeben. Aber ist damit wirklich die Frage zu Ende? Oder gibt es noch einige Szenen im Spiel, welche die Politiker auf die Bühne zu bringen beabsichtigen. Die Araber verhalten sich diesen vereinigten Manövern und den Resolutionen in Zürich, London und Genf gegenüber ruhig. Alle diese Kräfte und noch mehr als sie können unsere Meinung nicht erschüttern. Wir werden mit den Beschlüssen der Juden so rechnen, wie mit den Debatten im Parlament über den Bericht der Kgl. Kommission. Wir werden sie reden lassen, bis ihnen das Reden über wird, und werden ihnen nachher nur ein Wort erwidern: „Nein!“ „Und dann werden wir wieder schweigen. Genf und London können Beschlüsse ablehnen oder bestätigen, der Völkerbund kann hin- und herhandeln — wir werden uns von unserem Platz nicht rühren.“

Es ist offenbar, daß die Sprache der Araber große Möglichkeiten in bezug auf die Verständigung mit dem Zionismus erkennen läßt. Wer das nicht merkt, ist eben k e i n Realpolitiker.

★

Eine größere Anzahl arabischer Jugendlicher ist, wie die arabische Presse mitteilt, von einem einjährigen Militär-Instruktionskursus aus dem Irak nach Palästina zurückgekehrt. In gleicher Zeit hat eine größere Gruppe wieder den Weg nach dem Irak genommen, um sich der gleichen Ausbildung zu unterziehen. Die Schüler sind mit dem Offizierstitel zurückgekehrt und es soll nicht in Zweifel gezogen werden, daß die britischen Instrukteure den palästinensischen Schülern gründliche Kenntnisse in der Handhabung von Waffen und Befehlsausgabe übermittelt haben. Noch weniger Zweifel besteht darüber, daß diese arabischen „Offiziere“ bald Gelegenheit finden werden, von ihren Kenntnissen Gebrauch zu machen, und zwar auch da, wo es ihren britischen Lehrmeistern gar nicht passen dürfte.

Im Kampf mit dem arabischen Banditentum haben während der letzten Unruhen eine beträchtliche Anzahl britischer Soldaten ihr Leben lassen müssen. Solange die jüdische Legion nicht geschaffen ist, werden immer wieder britische Soldaten die arabischen Angriffe abzuwehren haben. Es kann sich dabei ergeben, daß die von Briten ausgebildeten Scharfschützen und Offiziere ihr Können wieder Briten gegenüber in höchst unangenehmer Weise unter Beweis stellen werden.

Die Palästinaregierung weiß sehr gut, wozu solche „Instruktionskurse“ gemacht werden — und duldet sie.

Gleichzeitig jedoch stellt sie jede Waffenausbildung von Juden, die sich auf Verteidigung ihres Lebens und Eigentums einstellen müssen, unter schwerste Strafe. Wenn die Regierung ihrer Pflicht, solche „Instruktionskurse" zu verbieten, nicht nachzukommen gedenkt, dann sollte sie — eine Liste der Teilnehmer aufstellen und sie sich gut aufbewahren. Es könnte von Nutzen sein.

Mandats-Kommission stimmt der Teilung Palästinas zu

Getrennte Mandatsverwaltung für die beiden Staaten bis zu ihrer Selbständigkeit

Ein vom Völkerbund veröffentlichtes Kommuniqué über die außerordentliche Palästinatagung der Mandatskommission stellt fest, daß der Errichtung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina grundsätzlich zugestimmt wird. Jeder der beiden Staaten soll unter besondere Mandatsverwaltung gestellt werden, bis er zur Selbstregierung reif sei. In dem Kommuniqué heißt es:

„Der Bericht der Mandatskommission enthält: 1. die vorläufige Meinungsäußerung der Kommission über das Palästinaproblem; 2. allgemeine Bemerkungen über die Unruhen von 1936 und die von der Mandatarmacht ergriffenen Schritte und 3. besondere Bemerkungen über die Verwaltung des Landes.

Ueber die Unruhen anerkennt die Mandatskommission die Schwierigkeit, die der Verhinderung dieser Unruhen im Wege standen. Sie sei nicht davon überzeugt, daß es unmöglich gewesen wäre, früher energischere Schritte zu tun, um den bewaffneten Widerstand zu brechen. Die Unruhen haben eine gespannte politische Atmosphäre geschaffen, durch die die Schwierigkeiten ihrer Unterdrückung vermehrt wurden.

In ihrer vorläufigen Meinungsäußerung über die Zukunft Palästinas gibt die Kommission nach einem Hinweis auf die ihr erteilten Informationen, die Vorschläge und die politische Erklärung der Mandatarmacht, eine kurze Zusammenfassung der Vor- und Nachteile aller in Betracht kommenden Lösungen des Problems.

Palästinamandat undurchführbar

Die Kommission erklärt, daß das jetzige Mandat an dem Tag undurchführbar geworden sei, an dem es von der Kgl. Kommission und der Britischen Regierung als undurchführbar anerkannt wurde. Es müssen darum neue Wege gefunden werden.

Wenn der Teilungsplan durchgeführt werden soll, hängt sein Erfolg nach Ansicht der Kommission mehr von den gegenseitigen Beziehungen zwischen Juden und Arabern, als von der vereinbarten territorialen Lösung ab. Wie klug und gerecht die schließliche Grenzziehung sein mag, sie wird auf die gleichen einander gegensätzlichen Tendenzen stoßen, die die Mandatarmacht als Hauptursache der Undurchführbarkeit des Mandates ansieht.

Die Kommission spricht sich zwar zugunsten des Grundsatzes der Teilung aus, teilt jedoch nicht die Meinung, daß die beiden Staaten sofort geschaffen werden sollen, da dies zu vielen Schwierigkeiten inneren und äußeren Charakters führen könnte. Darum glaubt die Kommission, daß es notwendig ist, die politische Lehrzeit der beiden Staaten zu verlängern. Diese Lehrzeit kann durch eine der folgenden beiden Möglichkeiten verwirklicht werden: 1. Provisorische Kantonisierung, derzufolge die beiden Staaten weitgehende innere Autonomie und die Befugnis der Einwanderungsregelung hätten, jedoch in Fragen der nationalen Verteidigung, der auswärtigen Beziehungen, der Zölle usw. unter der Aufsicht der Mandatarmacht bleiben würden; oder 2. besondere Mandate für jeden der beiden Staaten, bis zu der Zeit, in der Anzeichen vorhanden sein werden, daß sie geeignet sind, sich selbst zu regieren. Dieser Zeitpunkt braucht nicht der gleiche für beide Staaten zu sein.

Die Juden, die so oft zu Unrecht ungeduldig sind über die Schwankungen der Mandatarmacht bei der Errichtung des Nationalheims, mögen sich fragen, ob es ein anderes Volk in der Welt gibt, von dem sie eine bessere Behandlung erfahren haben, und das sich um sie so viele Generationen lang so verdient gemacht hat.

Die Araber andererseits, deren Widerstand verständlich ist, mögen sich an den Beginn ihrer nationalen Befreiung erinnern. Ohne die Bemühungen Englands gebe es weder ein jüdisches Nationalheim noch einen freien Araberstaat am Anfang des 20. Jahrhunderts."

London. Die gesamte englische Presse bringt Kommentare zu dem am Montag in Genf veröffentlichten Auszug aus dem Bericht der Mandatskommission an den Völkerbundsrat.

Es wird nicht versucht, die „schwankende Unschlüssigkeit der britischen Politik", die nach Ansicht der Mandatskommission die Araber zum Aufstand ermutigt hat, zu entschuldigen, die Feststellung, daß das Mandat, falls es unausführbar geworden ist, es erst durch die dahingehende Aeußerung der Royal Commission und der Regierung geworden ist, wird schweigend hingenommen. Und dankbar wird die Anerkennung der englischen Bemühungen in Palästina registriert. Besonders hervorgehoben wird von verschiedenen Blättern die Erklärung der Kommission, daß die kollektiven Leiden von Juden und Arabern überhaupt nicht miteinander verglichen werden können, da den Arabern weite Gebiete im Nahen Osten offenstehen, während die Welt in zunehmendem Maße der Ansiedlung von Juden verschlossen wird.

Die praktischen Vorschläge der Kommission werden nirgends mit Zustimmung aufgenommen. „Daily Telegraph" schreibt im Leitartikel: „Keiner der in Genf angeregten Pläne, weder der eines jüdischen und eines arabischen Kantons unter britischem Mandat, noch der zweier Mandate unter britischer Kontrolle, scheint eine befriedigende Alternative darzustellen ... Die Mandatskommission nimmt einfach an, daß unter dem von ihr vorgeschlagenen Regime die britische Administration fester als bisher handeln und nicht jener „Schwankung der Politik" zuneigen würde, die in orientalischen Augen als Schwäche erschien. Wenn eine britische Regierung sich zu einem Regierungssystem entschließen würde, das dem versöhnlichen Geiste, in dem sie die Führung Palästinas bisher unternommen hat, so stark entgegengesetzt ist, so wäre der leichtere Plan, mit dem Mandat so wie es bisher war, fortzufahren, und mit unbeugsamer Festigkeit zu regieren, bis Juden und Araber gelernt haben, als gemeinsame Bürger eines Staates zusammenzuleben."

Man kann annehmen, daß die im Leitartikel des „Daily Telegraph" ausgedrückte Einsicht sich noch mehr verbreiten wird, zumal nirgends der Feststellung der Mandatskommission, daß Teilung an sich den Frieden nicht garantiert, widersprochen wird.

Kurz berichtet

Erste Segel-Regatta des Tel Aviver Yacht-Klubs

Tel Aviv. Der neugegründete Tel Aviver Yachtklub wurde mit der Namensgebung für acht Segelboote und einer Regatta auf dem Jarkon feierlich eröffnet. Der Vorsitzende des Klubs, Tuvim, erklärte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Klub in den fünf Monaten seines Bestehens acht Segelyachten erworben und fünfzig Mitglieder gewonnen habe. Es ist geplant, auch Ruder- und Motorbootsport zu treiben. Seinen besonderen Dank sprach der Vorsitzende dem Hauptmann Sommerset von der Kgl. Artillerie aus, der in dem Klub als Instruktor tätig war. Es wurde sodann der Klub für eröffnet erklärt und seine Flagge hochgezogen.

Bürgermeister Rokach überbrachte die Grüße des Stadtrates und sagte die Förderung des Klubs durch die Stadtgemeinde zu. Die acht Yachten fuhren sodann an dem Landungssteg vorbei und wurden von der Gattin des Bürgermeisters mit folgenden Namen benannt: „Brad", „Elone", „Geya", „Da'a", „Hadara", „Vardina", „Zeva" und „Chuga". Die folgende Regatta wurde von der von Captain Sommerset gesteuerten „Elona" gewonnen. Zweite wurde „Geya", gesteuert von Fuchs, dritte „Da'a", gesteuert von Dr. Kabinetsky.

Die Tel Aviver Stadtverwaltung hat sich in der letzten Zeit mit der Regelung der Polizeiverhältnisse befaßt. Es gibt zur Zeit drei Arten von Polizei in Tel Aviv. Das eigentliche städtische Polizeikorps besteht aus 100 jüdischen Polizisten, die von der Stadtverwaltung einen Zuschuß zu der Löhnung erhalten, die ihnen die Regierung zahlt. Außerdem gibt es britische Polizisten und schließlich etwa 100 jüdische Hilfspolizisten, die eine besondere Uniform tragen. Diese erhalten nur 6 Pfund monatlich. Da die Stadtverwaltung auf Grund eines Abkommens mit der Regierung Anspruch auf 200 jüdische Polizisten hat, fordert sie die Eingliederung der Hilfspolizisten in die reguläre Polizei.

Der „Ozar Mifalej Jam" (Fonds für Meeresarbeiten) hat beschlossen, entsprechend den Forderungen der Regierung auf eigene Kosten die Bauten auszuführen, die für die Aufnahme des Passagierverkehrs im Tel Aviver Hafen notwendig sind. Der „Ozar Mifalej Jam" wird etwa 3000 Pfund zu diesem Zweck ausgeben. Es wird erwartet, daß die Landung von Passagieren im Hafen von Tel Aviv schon in naher Zukunft möglich sein wird.

Neue jüdische Richter

Jerusalem. Die Regierung hat für Jerusalem und Tel Aviv drei neue jüdische städtische Richter ernannt.

Nach einer amtlichen Statistik hat die Zahl der Telephonapparate in Palästina Ende Juni rund 14 000 betragen, davon entfallen auf Tel Aviv allein 4259 Apparate. Die Zahl der im Lande in Betrieb befindlichen Rundfunkgeräte betrug zur gleichen Zeit 42 646.

Neue Wasserwerke für Tel Aviv

Die Tel Aviver Stadtverwaltung hat die Errichtung von neuen großen Wasserwerken zur Versorgung der ganzen Stadt beschlossen. Die Errichtung dieser Werke wird einen Betrag von etwa 450 000 Pfund erfordern. Es soll zu diesem Zweck eine Anleihe bei einer ausländischen Finanzgesellschaft aufgenommen werden. Das Wasser soll der Stadt aus dem Jarkon-Fluß zugeführt werden; die neuen Werke sollen imstande sein, 100 000 cbm täglich zu liefern. Die bisherigen Brunnenanlagen liefern nur 36 000 cbm täglich.

Das palästinensische Amtsblatt hat den Entwurf der Verordnung über die Hule-Konzession (Huleh Concession/Bounderies/Ordinance 1937) veröffentlicht. In dem Entwurf wird zwischen einem „reservierten" und einem „unreservierten" Konzessionsgebiet unterschieden. Diese Einteilung beruht auf einem bei dem Distriktskommissar für den Norddistrikt hinterlegten und von dem Kommissar für Boden und Vermessungen unterzeichneten Vermessungsplan vom 22. Juli 1937. Die Verordnung sieht die Eintragung des nichtreservierten Konzessionsgebietes in den Bodenkataster von Safed vor.

Güterumschlag in den palästinensischen Häfen

In den ersten fünf Monaten 1937 wurden in den drei Haupthäfen Haifa, Jaffa und Tel Aviv 404 000 to Waren gelöscht, um 1,5 Prozent mehr als in dem entsprechenden Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Der Hafen von Tel Aviv war daran mit 27 500 to oder rund 7 Prozent beteiligt. Die Menge der in Haifa gelöschten Ladungen war etwas höher als 1936, besonders in der Zeit von Januar bis April, dagegen ist die Menge der in Jaffa ausgeladenen Waren von 101 000 auf 58 000 to zurückgegangen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im April des vorangegangenen Jahres die Hafenarbeit in Jaffa ruhte.

Petach Tikwa bekommt ein Gericht

Im Zuge der Erhebung von Petach Tiwa zu einer Stadt wird in Kürze dort ein Stadtgericht eingerichtet werden. Es werden zweimal in der Woche Verhandlungen in Zivilrechtsstreitigkeiten stattfinden. Die Richter werden aus Tel Aviv nach Petach Tikwa kommen. Ein öffentliches Notariat soll gleichfalls errichtet werden. Der Oberrichter von Palästina hat kürzlich der Stadt einen Besuch abgestattet, um die mit der Einrichtung des Gerichts zusammenhängenden Fragen zu erörtern.

Das Kolonienministerium hat das Budget des Erziehungsdepartments der Palästinaregierung bestätigt. In dem Budget sind Ausgaben in der Höhe von 300 000 Pfund vorgesehen.

Die Stadtgemeinde Tel Aviv geht daran, öffentliche Arbeiten großen Umfanges mit einem Kostenaufwand von 50 000 Pfund durchzuführen. Geplant sind Schulgebäude, der Bau von 40 000 Quadratmetern Straßen und eine Kanalisierungsanlage. Außerdem hat High Commissioner Sir Arthur Wauchope den Bau neuer Straßen mit einem Kostenaufwand von 10 000 Pfund, der durch einen Zuschuß gedeckt werden soll, bewilligt.

Nach einer Statistik, die die Palästinaregierung vor kurzem veröffentlicht hat, waren Ende des Jahres 1935 in Palästina 771 Aktiengesellschaften mit einem registrierten Kapital von 15,7 Mill. Pfund tätig. Branchenmäßig teilten sich die Gesellschaften folgendermaßen auf: 118 Banken, Kreditanstalten und Versicherungsgesellschaften, 52 Investitionsgesellschaften, 149 Industrie- und handwerkliche Unternehmungen, 71 Kolonisations- und Ameliorisationsgesellschaften, 158 Handelsgesellschaften und ausländische Vertretungen, 48 Transportgesellschaften, 38 Bodengesellschaften, 57 Bauunternehmungen, 57 Druckereien und Verlagsgesellschaften und 53 Gesellschaften verschiedener Unternehmungen.

Aus dem arabischen Lager

Vorbereitung neuer Unruhen in Palästina?

Jerusalem. In der „Palestine Review" sind beunruhigende Meldungen über die Vorbereitung einer neuen großen Aufstandsbewegung in Palästina erschienen. Es wird erklärt, daß eine Anzahl der Führer des Aufstandes vom Jahre 1936 in Damaskus eine Geheimberatung abgehalten hätten. Ueber die syrische Grenze, aus der Wüste und über das Meer würden viel Waffen und Munition nach Palästina eingeschmuggelt. Außerdem würden an geheimen Stellen größere Abteilungen arabischer Terroristen zusammengestellt und geschult. „Palestine Review" äußert die Meinung, daß Ruhe und Sicherheit im Lande in Gefahr seien und von den arabischen Extremisten der Ausbruch neuer Unruhen großen Umfanges vorbereitet werde.

Die arabischen Dörfer werden von Agitatoren besucht, die in aufreizenden Reden die Bevölkerung auffordern, ihr „Land zu beschützen", sobald die Teilung Palästinas proklamiert werden wird.

Die arabische Tageszeitung „Felestin" veröffentlicht einen Appell an die arabischen Führer zur Einberufung einer Panarabischen Konferenz. Die Konferenz soll die Aufgabe haben, einen Plan auszuarbeiten, der von der Britischen Regierung als Ersatz für den Teilungsplan angenommen werden könnte.

10 000 Arbeitslose in Jaffa

Aus Kreisen, die dem Obersten Arabischen Komitee nahestehen, verlautet, daß in Jaffa gegenwärtig 10 000 Arbeitslose vorhanden sind. Ihre Lage ist außerordentlich schwierig, sie wird als katastrophal bezeichnet.

Am Mittwochmorgen ist eine Polizeistation in einem arabischen Dorf bei Nablus von Arabern heftig beschossen worden. Die Polizei erwiderte das Feuer. Auf Seiten der Polizei gab es keine Verluste.

Jüdische Arbeiter aus einer Kwuza bei Gan Jawne wurden beim Pflügen von bewaffneten Fellachen angegriffen, die behaupteten, der Boden sei ihr Eigentum. Die Angreifer wurden von Polizei zerstreut, den jüdischen Arbeitern aber verboten, den Boden weiter zu pflügen.

Laut „Felestin" sind 165 arabische Führer auf eine schwarze Liste gesetzt worden und sollen sobald wie möglich verhaftet werden. 100 arabische Agitatoren in einem Internierungslager bei Akko haben einen Hungerstreik beschlossen, um ihre Freilassung zu erzwingen.

Indische Boykott-Drohung auf englische Waren

In Bombay fand eine große Massenkundgebung von Mohammedanern gegen den Teilungsvorschlag der Kgl. Kommission für Palästina statt. Es wurde eine Entschließung gefaßt, die die moslemischen Führer Indiens beauftragt, eine besondere Körperschaft einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, einen bestimmten Tag als „Palästinatag" zu organisieren. Es wird gegen die Haltung der Britischen Regierung zum Palästinaproblem protestiert. An alle Mohammedaner wird appelliert, britische Waren zu boykottieren.

Päckchen und Glückwunschtelegramme nach Palästina

Im Hinblick auf die kommenden Hohen Feiertage möchten wir unsere Leser darauf hinweisen, daß das Höchstgewicht für Päckchen nach Palästina auf 1 kg festgesetzt worden ist. Länge, Breite und Höhe dürfen insgesamt nicht mehr als 90 Zentimeter betragen. Die größte Länge darf 60 cm nicht überschreiten. Für die Verschnürung ist leicht lösbarer Schleifenverschluß vorgeschrieben. Die Gebühren betragen für je 50 g 10 Pfennig, mindestes jedoch 50 Pfennig. Päckchen nach Palästina werden, wie alle Päckchen nach dem Ausland, nur nach Abgabe einer Exportvaluta-Erklärung befördert, Vordrucke hierzu sind bei den Postämtern erhältlich.

Glückwunschtelegramme nach Palästina können als sogenannte LC.-Telegramme zu halber Gebühr (Wort 53½ Reichspfennig) aufgegeben werden. Sie müssen den Vermerk „LC." tragen, der als 1 Wort berechnet wird. Brieftelegramme, sogenannte NLT.-Telegramme, die neben dem Vermerk „NLT." noch 24 Worte enthalten dürfen, werden zu einer ermäßigten Pauschalgebühr von RM 9.— befördert. Die Laufzeit für beide Telegrammarten beträgt etwa 24 Stunden.

Postanschluß nach Palästina vom 27. 8. bis 3. 9. 1937

Die Sendungen müssen bis zu den angegebenen Zeiten bei den Postschlußämtern vorliegen, in Berlin beim Postamt C 2, in München beim Bahnpostamt 1 oder 2 (Flughafen).

A. Schiffs- und Bahnpost

Postschluß in:

Berlin	München	Leitweg	An Haifa
27. 8., 17.30 Uhr	28. 8. 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	1. 9.
29. 8., 16.00 Uhr	30. 8. 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	3. 9.
31. 8., 17.30 Uhr	1. 9. 9.30 Uhr	Brindisi (Schiff 2. 9.)	6. 9.
1. 9., 17.30 Uhr	2. 9. 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	7. 9.
3. 9., 17.30 Uhr	4. 9. 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	8. 9.

B. Luftpost

Berlin	München	Leitweg	Laufzeit
28. 8., 3.00		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
28. 8., 9.00 Uhr	28. 8., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
30. 8., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
1. 9., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
1. 9., 9.00 Uhr	1. 9., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
3. 9., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage

Jüdische Frontsoldaten . . .

Eine jüdisch-politische Partei gründet einen Frontkämpfer-Verband. Welchen Eindruck würde es machen, wenn nun die anderen jüdischen Parteien in Deutschland gleichfalls zu solchen Gründungen schritten? Darauf ist zu erwidern: das können sie gar nicht. Wer auf sein Parteiprogramm auf der letzten Seite geschrieben hat: „Konstruktive Auswanderung“, wer jedes Land der Erde als Vaterland für den Juden zu umfassen bereit ist, nur nicht das Judenland, wer im Vaterland ein Bild im Wechselrahmen sieht, der hat nicht den Boden, auf dem die Aussaat militärischer Traditionen aufgehen und reifen kann. Er müßte dann das mittelalterliche Söldnerwesen als Ideal sich erküren, das Raufen aus Rauflust, was auch der böseste Feind denen vom C.-V. nicht nachsagen wird. Auch wer in pazifistischen Ideologien befangen ist, kann nicht die Fahne aufpflanzen, um die sich Männer scharen, die es nicht vergessen wollen, daß sie einst mit Bajonetten und Geschützen gekämpft haben. Die Staatszionistische Organisation ist somit tatsächlich die einzige Partei, wenn man sie überhaupt eine Partei nennen will, die ehemalige Frontkämpfer um sich versammeln kann.

Sie aber muß es auch tun. Sie weiß, daß geschichtliches Werden sich aus der geschickten Verwertung einer Macht entwickelt. Als Jabotinsky zu Beginn des Weltkrieges für die Bildung einer jüdischen Legion stritt, da schrieb er: „bei den Friedensverhandlungen, bei der Aufteilung von Syrien und Palästina wird die — noch so schwache — Macht ein Wort mitzureden haben, die ein Truppenkontingent in diesen Ländern unter Waffen zu stehen hat“. Diese politische Auffassung ist uns Staatszionisten in Fleisch und Blut übergegangen. Deshalb bilden wir im Betar unsere Jugend, im Brith Haschomrim unsere Männer durch Ordnungsübungen aus, so gut wie uns das möglich ist. Und da sollten wir nicht Wert vor allem auf die legen, die eine militärische Ausbildung bereits genossen haben, denen das Soldatentum eine kostbare Erinnerung ist, die den Wert ihres Erinnerungsgutes gar nicht voll ausgeprägt haben können, wenn die Zusammenhänge zwischen Kampf und Macht nicht in ihr Bewußtsein übergegangen wären? Wir können an den Frontkämpfern nicht vorübergehen.

Können ehemalige jüdische Frontsoldaten gleichgültig uns gegenüber sein? Weshalb wird man Mitglied eines jüdischen Frontkämpferbundes? Für den einzelnen mögen die Motive verschieden, oft äußerlicher Art, sein. Da ist z. B. der ehemalige Assimilant, der nach den Ereignissen von 1933 in Deutschland das früher nicht gekannte Bedürfnis empfand, Anschluß an jüdische Menschen zu suchen, und dem, vereinsamt wie er plötzlich war, als ehemaligem Soldaten, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten eine Gruppe war, zu der von seiner Frontkämpfer-Vergangenheit aus eine Brücke hinführte. Da sind die vielen, die durch persönliche Beziehungen in den Bund gelockt worden sind. Für die Gesamtheit aber, als dauerndes Leben spendende Kräfte einer Vereinigung sind das keine zulänglichen Erklärungen. Bünde jüdischer Frontsoldaten gibt es auf der ganzen Welt. Aus jeder Seite ihrer Schriften, ihrer Zeitungen springt einem das entgegen, was sie im Innersten zusammengeführt hat, was sie zusammenhält: es sind **Vereine zur Abwehr des Antisemitismus**. Sie wehren die Judengegnerschaft auf einem Sondergebiet ab, für das sie allein berufen sind, und wir sind weit davon entfernt, die wertvolle Arbeit, die sie herbei geleistet haben, zu unterschätzen. Der Schreiber dieser Zeilen hat vor kurzem für den „Schild“ die Festschrift der Monash-Gruppe der britischen Legion bearbeitet, und er war freudig erstaunt, welches Material zum Erweis der soldatischen Fähigkeiten, der kriegerischen Bereitschaft, selbst höchster strategischer Leistungen, in einer so kurzen Veröffentlichung zugunsten der heutigen Juden beigebracht werden konnte.

Die Frontkämpferbünde in allen Teilen der Welt, insbesondere auch der in Deutschland bestehende, haben umfangreiche und verdienstvolle Arbeit geleistet, die schon um der jüdischen Selbsterkenntnis von gegenwärtigem und bleibendem Wert ist. Nur darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß der eigentliche, wenn auch unausgesprochene Zweck, die Bekämpfung des Antisemitismus, von ihnen ebenso wenig wie von irgend einer anderen Organisation erreicht werden wird. Antisemitismus ist keine Wissenschaft, sondern ein Gefühl. Man kann ihn so wenig widerlegen oder beweisen, wie man Haß oder Liebe mit theoretischem Rüstzeug entfachen kann. Es war ein wichtiger Teil der Lebensaufgabe Theodor Herzls, seinen Juden diese Verwurzelung ihres Schicksals im Gefühl ihrer gastgebenden Völker klar ins Bewußtsein zu legen. Wir Staatszionisten sind Jünger und Nachfolger Herzls, und wir sehen deshalb, wie in den Front-



bünden ein großer Aufwand eitel vertan wird. Wir müssen es als Pflicht empfinden, diese Arbeit für das jüdische Volk einzusetzen, für den Kampf um die jüdische Heimat, den jüdischen Staat. Es ist das ja auch die einzige Möglichkeit, den Antisemitismus wirksam und für die Dauer zu beseitigen.

Wenn ein Verein achtzehn Jahre besteht, so sind die Fäden, die von Mitglied zu Mitglied, vom Mitglied zur Leitung hin- und zurücklaufen, stark und eng verflochten. Niemand von uns Staatszionisten hat die Absicht, sie durchschneiden zu wollen. Aber dieses Gewebe ist doch so ähnlicher Art wie das, was man auch anderswo antrifft und mit Ressortpatriotismus bezeichnet. Dahinter muß die große, tragende jüdische Idee stehen; die ist heute beim Staatszionismus. Deshalb erwarten wir, daß eine große Anzahl der jüdischen Frontkämpfer den Weg zu uns finden wird, um so schneller, je tiefer ihr soldatisches Empfinden ist. Daß sie darum ihre Verbundenheit mit den alten Kameraden ihres Bundes aufgeben, erwarten und verlangen wir nicht. Mit dem Bund selbst hoffen wir aber zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu kommen zum Wohle des Judentums der ganzen Welt für heute und für die Ewigkeit.

Kam. A. D.

Legionsfeier des Brith Haschomrim und Betar

Am Montag, dem 23. August, gedachten der Brith Haschomrim und Betar in der Staatszionistischen Organisation des zwanzigsten Jahrestages der Gründung der Jüdischen Legion.

Als erster Redner ergriff Dr. Kuhn das Wort und schilderte den Kampf Jabotinskys um die Gründung einer Jüdischen Legion. Der Geist dieser Legion, an jüdisches Leben in der Zukunft zu glauben und darum das eigene nicht so wichtig zu nehmen, sondern es freudig für die Befreiung unseres Volkes hinzugeben, sei ein leuchtendes Beispiel für die Erziehung jüdischer Menschen in der Gegenwart.

Dr. Fried sprach über die Bedeutung, die eine jüdische Legion für das jüdische Aufbauwerk in Erez Israel hat. Unmittelbar nach der Auflösung der Legion kam es zu Unruhen. Erst zu spät haben die Juden gelernt, daß sie ihr Kolonisationswerk durch den Einsatz eigener Menschen schützen müssen. Nicht im Sinne einer „Selbstbeherrschung“, die uns die verhängnisvollen Vorschläge der Peel-Kommission eingetragen hat, sondern im Sinne eines wehrhaften Patriotismus müsse die jüdische Jugend erzogen werden.

Als dritter Redner des Abends sprach Adolf Eidelheit über den Gegensatz, der zwischen der Geisteshaltung Jabotinskys und der Jüdischen Legion einerseits, und den Jasagern von Zürich andererseits besteht. Zum erstenmal ist behauptet worden, daß es der schwerere Weg sei, etwas Angebotenes anzunehmen und der leichtere Weg, etwas Vorenthaltenes zu erkämpfen. In Wirklichkeit gingen die Kongreßzionisten den leichten Weg, allerdings auf Kosten der Zukunft und des Glückes der jüdischen Nation. Millionen von Juden, die an die Pforten Erez Israels pochen, werden jüdische Konsulate die Einreise in den Judenstaat verweigern, und unzähligen jüdischen Staatenlosen wird dieser „Judenstaat“ die Ausstellung jüdischer Pässe vorenthalten müssen.

Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt und an vielen Stellen durch stürmischen Applaus unterbrochen. Die Feier endete mit dem Gesang der Hatikwa.

Die Uraufführung von „B'reschit“,

Schöpfungshymnus für Soli, Chor, Orchester und Orgel von Oskar Guttmann, die, vorbereitet durch Gemeinschaftsarbeit der Künstlerhilfe und Kultusverwaltung am Sonntag, dem 26. September (Hoschana Rabba), vormittags 11 Uhr, in der Neuen Synagoge, Oranienburger Straße 30, unter Leitung von Chemjo Winawer stattfindet, wurde ein Chor von über 60 Berufssängern und -sängerinnen verpflichtet und das Orchester der Künstlerhilfe auf 40 Musiker verstärkt. Solisten: Paula Salomon (Lindberg) und Oberkantor Hanns John Jacobsohn. An der Orgel: Werner Baer. Der Uraufführung gehen einführende Worte von Elieser Ehrenreich, dem Leiter der Kultusverwaltung, vorauf. Zwischen dem ersten und dem zweiten Teil des Werkes wird eine neue Torarolle geweiht; Ansprachen: Direktor Heinrich Stahl und Rabbiner Dr. van der Zyl.

„Der große Bilderbogen“

ist der Titel eines Kleinkunstprogramms, das jüdisches Leben aus allen Teilen der Welt projiziert, und das unmittelbar nach den Feiertagen von der Künstlerhilfe in einer Inszenierung von Nicolai Eljaschoff zur Uraufführung gelangt. Das Manuskript schrieb Leo Hirsch.



Tennis-Turnier des Bar Kochba

Großes Pech hatte der Tennis-Club Bar Kochba mit seinen internationalen Tennismeisterschaften, die durch fortwährendem Regen sehr beeinträchtigt waren.

Bei den Herren blieben in den Vorkämpfen Spieler wie Lieber, Strauß und Hamburger (Rumänien), der von Buchwalter 6:1, 6:1 förmlich überrannt wurde, auf der Strecke. Außer Buchwalter erreichten noch der Pole Wittmann und die beiden Tschechen Drucker und Danzig die Vorschlußrunde. Im Doppel kamen Buchwalter-Kahn, Hamburger-Lieber, Duldig-Goldstein, Sander-Gold, Wittmann-Brück in die Vorschlußrunde. Im Damen-Einzel qualifizierten sich die österreichischen Spielerinnen Fräulein Lord und Frau Gottesmann für die Endrunde. Frau Hemp wurde durch Gottesmann nach erbittertem Kampf 4:6, 6:2, 7:5 ausgeschaltet.

In die Vorschlußrunde des Junioren-Einzel und Doppel um die deutsche Makkabi-Meisterschaft kamen Vesinski, Feder, Chambré, Polak, Goldstein, Lewin und Kneller. Durch das regnerische Wetter konnten die Spiele am Sonntag nicht fortgesetzt werden, so daß viele ausländische Spieler, u. a. Wittmann (Polen) nicht teilnehmen konnten.

Ergebnisse: Herren-Einzel: Danzig (CSR.) über den verletzt angetretenen Buchwalter (Berlin) 6:3, 6:2. Damen-Einzel: Frau Gottesmann über Fräulein Lord 6:4, 7:5. Herren-Doppel: Danzig-Gold gegen Ripper-Drucker (CSR.). Gemischtes Doppel: Hamburger-Hemp.

Reichsmeisterschaften des Schild

Die Reichsmeisterschaften des Schild-Sportbundes litten unter dem schlechten Wetter, trotzdem waren ca. 2500 Zuschauer auf dem Grunewaldplatz erschienen. Der Aufmarsch fiel aus und man ging sofort zu den Entscheidungen über, in denen die Sieger-Vorkämpfer starteten.

Im Hochsprung, Speer- und Diskuswerfen wurde Klaber (Fürth) Reichsmeister von 1937.

Der 5000-m-Lauf von Wienskowitz (Berlin) war ein schönes Rennen, das in die Zuschauerreihen Bewegung brachte. Den Reigen eröffneten die 100-m-Läufer, die auf der völlig aufgeweichten Bahn an den Start gingen.

Ergebnis: Salmang (Aachen) 11,8 Sek., Oschinski (Breslau) 11,9 und Lambert (Bonn) 12,1. Im anschließenden 200-m-Lauf konnte Salmang in 24,1 Sek. vor Lorch (Köln) 24,5 und Krüger (Berlin) 24,8 Reichsmeister 1937 werden. Im 400-m-Lauf gab es den Zweikampf Fröhlich (Berlin) gegen Salmang (Aachen) nicht, da Salmang nicht an den Start ging. Der Favorit Fröhlich gewann in 55,7 Sek. vor Haas (Wiesbaden) 57,5 und Rothschild (Fürth) 58,2. Den 800-m-Lauf konnte Georg Bergmann (Berlin) in der für diese Bahn sehr guten Zeit von 2:07,3 Min. vor Neubeck und Lehmann (beide Berlin) gewinnen. Der 1500-m-Lauf wurde eine Beute des Berliner Nachwuchsläufers Meyer, der in 4:25,7 Min. vor Fuchs (Berlin) und Vogelsang (Düsseldorf) durchs Ziel ging. Im 5000-m-Lauf gingen neun Läufer an den Start, von denen jedoch nur fünf das Rennen durchhielten. Wienskowitz konnte auch diesmal seinen Titel erfolgreich verteidigen, der mehr als 100 m vor dem übrigen Felde in der Zeit von 16:59,8 Min. durchs Ziel ging.

Im Weitsprung siegte der vielseitige Salmang mit 6,40 m vor P. Yogi Mayer (Berlin) 6,24 m. Den Hochsprung gewann Klaber mit 1,60 m vor dem jugendlichen Bendorf (Frankfurt) 1,60 und Preiss (Breslau) 1,57.

Speerwerfen: Klaber mit der guten Leistung von 51,60 m vor Pförtner (Berlin) 48,91 und Preiss 48,37. Diskuswerfen: Klaber holte sich mit einem 33,44-m-Wurf den Titel vor Lewin (Tilsit) 29,43.

Kugelstoßen: Preiss mit 11,81 m vor Klaber 11,80.

Frauenwettbewerbe: 100-m-Lauf Alsberg (Stuttgart) in 13,9 Sek. vor Pels (Essen) 14,0 und Kann (Berlin) 14,1. 200-m-Lauf Vogel (Berlin) in 29,5 Sek. vor der Titelträgerin Elisabeth Kann 29,7 und Mander (Fürth) 30,1.

Im Hochsprung gab es eine gute Leistung der noch sehr jungen Berlinerin Glaser, die mit 1,46 m vor Schneider (Stuttgart) 1,35 m Reichsmeisterin wurde. Giesela Schneider holte sich im Speerwerfen mit 27,28 m vor Seligmann (Frankfurt) 26,77 m die Reichsmeisterschaft 1937. Das Frauen-Kugelstoßen gewann Inge Mello (Berlin) mit 10,76 m vor Schneider 10,45 m. Im Diskuswerfen mußte die Vorjahrssiegerin Finkenstein mit dem dritten Platz vorlieb nehmen. Hier siegte Levy (Berlin) mit 33,91 vor Schneider 30,07 m.

Jugendkonkurrenzen: Bendorf gewann die 100 m in 12,0 Sek. vor Gutmann (Stuttgart) mit 12,0. Weitsprung gewann Bendorf mit 5,81 m vor Salomon (Berlin) 5,71. 800-m-Jugendmeister wurde Weil (Berlin) in 2:15,0 Min. vor Goldstein (Hamburg) 2:16,3 Min. Sieger im Kugelstoßen wurde Eisenstädt (Berlin) mit 12,23 m vor Rawitscher (Freiburg).

Die Staffelläufe gewann die 4×100-m für Männer Breslau in 48,0 Sek. vor JSG. I 48,1. In der 4×400-m-Staffel siegte JSG. I in 3:49,8 Min. vor Fürth 3:54,7. Die 4×100-m-Staffel für Frauen gewann Schild (Stuttgart) in 56,0 vor JSG. 56,9 Sek. Die 4×100-m-Jugendstaffel sah JSG. in 49,3 vor Mitteldeutschland in 49,8 Sek. durchs Ziel gehen.

Frauenhandball-Endspiel: Reichsmeister wurde Schild (Frankfurt) gegen JSG. nach Verlängerung 6:5.

Schulsportfest der Jüdischen Gemeinde

Am Mittwoch, dem 25. August, veranstaltete die Schulabteilung der Jüdischen Gemeinde in Verbindung mit der Reichsvertretung ein Sportfest im Grunewald. Wir werden in der nächsten Woche darüber einen ausführlichen Bericht bringen.

Hamburg

In Hamburg siegte in der Vorrunde zur Makkabi-Vereinsmeisterschaft im Fußball Bar Kochba-Hakoah Berlin über Blau-Weiß Hamburg 8:3, im Handball JSK. Berlin über Bar Kochba Hamburg mit 13:12 Toren. Die Sieger bestreiten am 17. Oktober die Zwischenrunde mit Königsberg in Berlin.

Vorschau zum Sonntag, dem 29. August

An diesem Sonntag veranstaltet der Jüdische Sport-Club ein Handball- und Fußball-Turnier, bei dem u. a. spielen werden: Schild Hamburg, Itus München sowie die Berliner Vereine Bar Kochba-Hakoah und Hagibor im Fußball. Die Handballgegner werden Itus München, Bar Kochba-Hakoah und JSG. sein. Außerdem gibt es noch einen Leichtathletik-Verbandskampf zwischen Süd-Westdeutschland, Bayern und Brandenburg. Beginn der Veranstaltung 9 Uhr auf dem Sportplatz Grunewald.

★

Die Schwimmabteilung der Jüdischen Sport-Gemeinschaft veranstaltet am Mittwoch, dem 1. September 1937, im Stadtbad Turmstraße 85a, eine Leistungsprüfung. Es sind interessante Kämpfe zu erwarten und ein Besuch dieser Veranstaltung ist lohnend.

Gottesdienst

veranstaltet vom Brith Haschomrim in der Staatszionistischen Organisation an den Hohen Feiertagen in den Heimräumen des Betar, Berlin C 2, Neue Promenade 8, II. (Nach altem Ritus.)

Karten zum Preise von 1,50 RM und 2,50 RM sind erhältlich im Büro der Staatszionistischen Organisation, Tauentzienstraße 7, Tel.: 246, von 14 bis 20 Uhr; bei I. Fertig, Lothringer Str. 24; Iwria Bank, Dircksenstr. 26/27; Brockmann, Linienstr. 237; Café Dobrin, Hackescher Markt.

Veranstaltungskalender

Staatszionistische Organisation e. V.

Abt. Frontsoldaten in der Staatszionistischen Organisation

Die Kriegsopferversorgungsstelle der Staatszionistischen Organisation, Abteilung Frontsoldaten, teilt mit, daß die Sprechstunden in der Tauentzienstr. 7 in den Büros der Staatszionistischen Organisation am Montag und Mittwoch in der Zeit von 17—18 Uhr (Rechtsanwalt Meißner) und am Dienstag und Donnerstag von 19—20 Uhr (Schwersenz) stattfinden.

Wir machen auf die besondere Ankündigung an anderer Stelle dieser Nummer aufmerksam.

Brith Haschomrim

in der Staatszionistischen Organisation
Berlin W 50, Tauentzienstraße 7, Tel. 24 67 24

Gruppenabend Zentrum, Donnerstag, 2. 9., 20.30 Uhr, Neue Promenade 8, II. rechts.

Gruppenabend Westen, Donnerstag, 2. 9., 20.30 Uhr, in der Tauentzienstraße 7, Gartenhaus I, rechts.

Zu den Gruppenabenden sind Männer als Gäste willkommen!

Jüdisch-Nationale Jugend „Herzlia" (Betar)

Bundesleitung: Berlin W 50, Tauentzienstraße 7
Kenleitung Berlin: Berlin C 2, Neue Promenade 8.

Misbar ha ken am Sonntag, 29. 8., in der Turnhalle der Schule Große Hamburger Straße. Beginn: 16 Uhr.

Westen Sonnabend, den 4. 9., 17 Uhr, Oneg in der Prinzregentenstr. 69/70.

Zentrum Sonnabend, den 4. 9., Oneg im Heim, Neue Promenade 8, 16 bis 18 Uhr für Tironim; 18 bis 20 Uhr für Jüngere und 20 bis 22 Uhr für Mittlere.

Keren Hamenorah

Zentralbüro Berlin W 50, Tauentzienstr. 7, Postscheckkonto: Berlin Nr. 156712.

Alle Sammlungs- und Leerungsergebnisse sind sofort auf das Konto des Keren Hamenorah einzuzahlen. Noch erforderliche Materialien sind umgehend anzufordern.

Der Keren Hamenorah will die materiellen Grundlagen für die Ausbildung der nationaljüdischen Jugend in Landwirtschaft, Fliegerei und Schiffahrt schaffen. Jeder nationalbewußte Jude unterstützt daher den Keren Hamenorah. Fordern Sie Sammelbüchsen vom Zentralbüro des Keren Hamenorah, Berlin W 50, Tauentzienstraße 7. Spenden Sie Geldbeträge auf das Postscheckkonto des Keren Hamenorah, Berlin Nr. 156 712. Senden Sie Ihre Anschrift an das Zentralbüro des Keren Hamenorah.

Vom Jüdischen Museum

Das Jüdische Museum, das im August wegen Reinigungsarbeiten geschlossen war, wird ab Mittwoch, 1. September, 10 Uhr, wieder geöffnet. Die Abravanel-Ausstellung findet noch bis Sonntag, 19. September einschließlich statt. Oeffnungszeiten: täglich, außer Sonnabend, 10—14 Uhr.